Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 64.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 26. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Eine stürmische Reichstagssitzung.

Die Dienstagsitzung des Reichstags ist nach verschiedenen Richtungen hin so einzig in ihrer Art, daß wir es für angezeigt halten, hier zunächst die Eindrücke zusammenzustellen, welche sie bei verschiedenen Zeugen der betreffenden Vorgänge hinterlassen hat.

Unser berliner C-Korrespondent schreibt uns unterm 24. über die Sitzung:

„Als die heutige Verhandlung im Reichstage über den Erlaß vom 4. Januar begann, hätte wohl Niemand geahnt, zu wie heftigen Szenen dieselbe Anlaß geben sollte; denn nicht nur der erste Redner, Herr Hänel, sprach zunächst mit akademischer Kühle, sondern es lag auch eine kühle, anregungslose Stimmung über dem Hause; man sagte sich, daß doch, mehrere Wochen nach dem Vorgang, der erörtert werden sollte, im Grunde nur der Inhalt zahlloser, seitdem darüber erschienener Leitartikel wiederholt werden könnte. Aber noch vor 12 Uhr, zu ganz ungewohnt früher Stunde, hörte man den Wagen des Fürsten Bismarck in das Gebäude rollen, und Herr v. Bötticher, der bis dahin für ihn Notizen gemacht hatte, eilte hinaus, ihm über den Inhalt der Hänel'schen Ausführungen Bericht zu erstatten; gleich darauf erschien der Kanzler, und seine Anwesenheit schien es zu sein, wodurch die bis dahin etwas doktrinäre Haltung der Rede Hänel's mehr politische Schärfe erhielt; aber sie blieb dabei so ruhig und maßvoll, daß sicherlich Niemand im ganzen Hause darin eine Provokation zu dem, was sich daran knüpfte, gefunden hat. Aus der Aeußerung, daß vermittelst Kundgebungen, wie die in Rede stehende, Minister sich durch die Autorität der Krone deckten, den Vorwurf persönlicher Feigheit heraus zu hören, das war ganz allein dem Kanzler vorbehalten. Herr Hänel deutete hernach an, Fürst Bismarck sei mit der Absicht gekommen, eine Szene herbeizuführen, und er habe sich den Anlaß dazu selbst geschaffen; und wenn man, wie wir, sich diese Erklärung nicht aneignen will, so ist man jedenfalls um eine andere in Verlegenheit. Wenn die von ihm so übel vermerkte Hänel'sche Aeußerung den Kanzler so tief verletzt hatte, so wäre zu erwarten gewesen, daß er unmittelbar an sie angeknüpft, vor Allem gegen sie sich verwahrt hätte. Statt dessen begann er mit den ruhigsten staatsrechtlichen Erörterungen, machte eine Anzahl Scherze, scheinbar in der behaglichsten Stimmung — und mit einem Male beginnt er, sich in Zorn zu reden, und es entsteht eine der tumultuarischsten Szenen! Ein Jähzorn, der eine halbe Stunde aufbewahrt werden kann und dann auf das Heftigste losbricht, ist jedenfalls eine psychologische Merkwürdigkeit. Mit den Worten, solche Vorwürfe (wie den angeblichen der „Feigheit“) dürfe man ihm nicht machen, schritt der Kanzler auf der Bundesraths-Estrade von seinem rechts gelegenen Platze ein wenig nach links hinüber; und je heftiger nun der Streit zwischen ihm einer-, Hänel, Richter und anderen Mitgliedern der Fortschrittspartei andererseits darüber, ob jener Vorwurf erhoben worden, in kaum verständlichen Ausrufen wurde, um so weiter ging Fürst Bismarck in höchster Aufregung auf die Linke zu, so daß er seinen Gegnern und diese ihm zuletzt zornige Interjektionen direkt ins Gesicht schleuderten. Es war eine beschämende Szene, der Herr v. Levetzow, rathlos die Glocke schwingend, absolut nicht gewachsen war! Ebenso erstaunlich, wie diese Szene, war dann gleich nachher die harmlose, mit dem Wortlaut des Erlasses kaum vereinbare Auslegung der auf die Pflichten der Beamten bezüglichen Stellen desselben. Als beim Beginn der Rede des Herrn v. Treitschke — der es jetzt mit seiner eintönigen Phraseologie dahin gebracht hat, daß seine Reden die Frühstückspause bezeichnen — alle Welt in das Foyer strömte, bestand in den sich überall bildenden Gruppen die Kritik des soeben Gehörten und Gesehenen zunächst darin, daß man in stummem Staunen die Hände zusammenschlug. Der Inhalt von Bennigsen's kurzer, aber nachdrücklicher Rede, welche folgte, war in taktischer Beziehung insofern von selbst gegeben, als es galt, den Kanzler mit seiner im Ganzen beruhigenden Auslegung des auf die Beamten bezüglichen Theils des Erlasses „festzunageln“. Aber sehr bemerkenswerth war die Schärfe, womit er das Provoziren leidenschaftlicher Szenen rügte und womit er konstatirte, daß der Kanzler in demselben Maße, wie seine parlamentarische Stellung schwächer werde, stärker die Krone in die Debatte ziehe. Zum ersten Mal hatte Fürst Bismarck in demselben Augenblicke, in welchem Bennigsen das Wort erhielt, das Haus verlassen. Er war jedenfalls dabei sehr wohl berathen; denn der Kontrast zwischen der vornehmen Ruhe des liberalen Redners und dem vorherigen Auftreten des Kanzlers war ein so frappanter, daß er auch dem letztern nicht hätte entgehen können. Das Interesse der Debatte war mit Bennigsens Rede erschöpft.“

Unser Berliner □-Korrespondent äußert sich folgendermaßen: „Eine stürmische Reichstagssitzung kommt jetzt nur, dann aber auch fast stets vor, wenn der Reichskanzler das Parlament mit seiner Gegenwart beehrt. Er kam heute erst, als der Abg. Hänel seine ruhige und würdige Kritik des Erlasses vom 4. Januar schon zu ¾ beendet hatte. Aber sofort meldete er sich zu Wort, um in der ersten Hälfte seiner Rede einen heftigen Angriff gegen die Fortschritspartei zu formiren. Die vom Anbeginn an schon heftige Redeweise steigerte sich zu „ungewöhnlicher Leidenschaft“, wie es Herr von Bennigsen später nannte; als ihm bei seiner durch nichts zu rechtfertigenden Behauptung, man schleudere ihm den Vorwurf der Feigheit ins Gesicht, von den Bänken der Fortschrittspartei entgegengerufen wurde, daß dies Niemand gethan habe resp. das dies unrichtig sei, stürzte er von seinem Platz über die Rednertribüne fort, nach der Treppe am sogen. „kleinen Bundesrathstisch“, auf welcher man nach der Fortschrittspartei hinuntersteigen kann, — mit hochrothem Gesicht und traktirte die ihm Gegenübersitzenden mit Worten, die man nicht gerade höflich nennen konnte. Des Präsidenten Glocke machte der Begegnung ein Ende. Die vom Kanzler in diesem Theile seiner Rede vertretenen Anschauungen, die in den Satz ausliefen, daß der faktische Ministerpräsident in Preußen der König sei, waren ebenso überraschend wie seine Darstellung der Geschichte Preußens von 1862 und 1863 und des Konfliktes zwischen Fortschrittspartei und Regierung. Es mag dahin gestellt bleiben, ob die Worte, die er über Virchow's neuliche Rede sprach, und einzelne andere Anschuldigungen gegen die Fortschrittspartei, parlamentarisch zuläßig waren, — keinesfalls wurde eine Rüge vom Präsidenten gefordert; die Heftigkeit des Auftretens schien mehr Bedauern als Zorn hervorzurufen. Von diesem ersten Theil der Rede stach nun der zweite gewaltig ab; die Erläuterung des Erlasses ließ denselben in einer so milden Beleuchtung erscheinen, daß man sie als einen hinter neuen Angriffen verdeckten Rückzug von einer unhaltbaren Position ansah. Nach dem Kanzler kam Professor Treitschke an die Reihe, der sich allmälig eine fast ganz unverständliche Redeweise angewöhnt hat. Der Lobrede Treitschke's folgte eine durch Ruhe, Klarheit und Entschiedenheit ausgezeichnete Rede Bennigsen's. Recht komisch klangen die Darlegungen von Kardorff's, der die Nothwendigkeit des Erlasses aus den Wahlagitationen der Fortschrittspartei, insbesondere aus der Anstellung von Agitatoren auf dem platten Lande, darthun wollte. Als er auf Verlangen die Wahlkreise nannte, bei denen vermeintliche Ungehörigkeiten vorgekommen seien, nannte er einen schlesischen und einen pommerschen Wahlkreis, bei denen die Fortschrittspartei gar nicht betheiligt war. Auch die kurze Rede Freiherr von Stauffenberg's, der auf die Vergiftung der parlamentarischen Kämpfe durch die offiziöse Presse näher einging, war vortrefflich. Freiherr von Maltzahn-Gültz fand nicht mehr viel Gehör. Nur Richter (Hagen), der erst um ½4 Uhr an die Reihe kam, wußte wiederum zu fesseln. Er kritisirte scharf die heutige Rede des Kanzlers, die derselbe auch gehalten haben würde, wenn Hänel gar nicht gesprochen hätte. Die Rückblicke des Kanzlers auf die Konfliktszeit erläuterte Richter durch Mittheilungen, wie nach Inhalt der stenographischen Berichte schon die konservativen Regierungen von 1856 und 1863 mit ähnlichen Einwirkungen auf die Beamten Unglück gehabt hätten. Große Heiterkeit erregte er durch die Erinnerungen an den Konflikt des jungen Landraths von Puttkamer in Demmin mit seinem früheren Vorgesetzten, dem Grafen Schwerin, der ihn angestellt hatte. Der jetzige Minister des Innern, Herr v. Puttkamer, verzog keine Miene zu diesen Jugendgeschichten. Bismarck hatte sich schon entfernt, als Bennigsen zu sprechen begann.“

Die „Nat.-Ztg.“ schließt ihre Betrachtungen mit folgenden Sätzen: „Man kann sich diesen Vorgängen gegenüber der Parallele zwischen Deutschland und Frankreich nicht entschlagen. In beiden Ländern sind durch das Aufwerfen von Prinzipienfragen ohne jede zwingende Nothwendigkeit die Leidenschaften aufgeregt worden, und die Angelegenheit spitzt sich hier wie dort um so mehr persönlich zu, als keine unmittelbar zutreffende praktische und reale Entscheidung in Frage steht.“

Die „N.-L. C.“ bringt folgende Betrachtung, welche zum Theil von uns bereits früher Hervorgehobenes wiederholt, welche wir aber darum doch vollständig wiedergeben, weil diese Gedanken unter dem Eindrucke der Vorgänge im Reichstage ganz anders wirksam werden. Sie schreibt:

„Der Reichstag hat heute die dritte Etatsberathung mit einer umfangreichen Debatte über den Erlaß vom 4. Januar eingeleitet. Im Grunde wäre vielleicht das preußische Abgeordnetenhaus ein noch geeigneteres Forum für diese Verhandlung gewesen; indessen nahm jener Erlaß ausdrücklich auch auf das Reich Bezug und es war erklärlich, daß die gerade versammelte gesetzgebende Körperschaft eine Angelegenheit, die seit Wochen alle Welt beschäftigt, nicht spurlos an sich vorübergehen lassen mochte. Wenn man in diesem Erlaß den Ausgangspunkt eines großen Verfassungskonfliktes erblickt oder auf manchen Seiten den Wunsch gehabt hätte, ihn zu einem solchen zu machen, so wird der Verlauf der heutigen Verhandlung dieser Auffassung nicht recht gegeben haben. Jedermann wird den Eindruck gewonnen haben, daß zu einem „Konflikt“ in dem Sinne, den dies Wort mit der Zeit angenommen, weder Stoff und Anlaß, noch auch bei allen Besonnenen Neigung vorhanden ist. Der Erlaß vom 4. Januar besteht bekanntlich aus zwei Theilen, die man wohl einen theoretischen und einen praktischen nennen kann. Der theoretische Theil, der von der Recht- und Machtstellung des Königthums im konstitutionellen Staat handelt und dagegen Verwahrung einlegt, als ob bei uns die Krone zu einer bloßen Dekoration herabgewürdigt sei, wurde von niemandem bestritten, sondern es wurde allgemein anerkannt, daß der Erlaß in diesem Punkte nur wiedergiebt, was deutschem Recht und deutscher Anschauung entspricht. Man fragte sich dabei nur, wozu es einer so feierlichen Kundgebung in so autoritativer Weise bedurfte, um Zeugniß für etwas abzulegen, was niemand bestritt und bezweifelte? Die monarchischen und die konstitutionellen Bestandtheile in unserer Verfassung sind so sorgfältig und besonnen gegen einander abgewogen und abgegrenzt; es sind bei uns auch fortgeschritten liberale Parteien so wenig geneigt, Ansprüche zu erheben, die in die Rechtssphäre anderer verfassungsmäßiger Faktoren übergreifen, daß es wirklich der Anregung so unfruchtbarer akademischer Fragen nicht bedurft hätte. Die falsche staatsrechtliche Legende, von der heute der Reichskanzler sprach, die sich neben den klaren Wortlaut unserer Verfassung eingeschlichen haben soll, existirt eigentlich nur in konservativ-offiziösen Vorstellungen. Die Monarchie bedarf nicht des Schutzes gegen Angriffe seitens des Parlamentarismus; denn solche Angriffe werden in der That nicht gegen sie gerichtet. Aber auch der zweite, praktische Theil des Erlasses erschien heute unter den Darlegungen des Reichskanzlers in einer Beleuchtung, die viele Bedenken beseitigen muß, welche sich an die Worte des Erlasses und ihre Deutungen geknüpft hatten. Wenn man befürchtet hatte, es solle den Beamten die Zumuthung gemacht werden, sich zu willen- und überzeugungslosen Werkzeugen jeder wechselnden Regierung herzugeben, ihrer politischen Denkfreiheit zu entsagen und mit allen Kräften aktiv in die Agitation für gouvernementale Wahlen einzutreten: so klang es doch ganz anders, wenn heute der Reichskanzler erklärte, die Ausübung des eigenen Wahlrechts der Beamten solle in keiner Weise beschränkt werden; sie sollten nur entgegentreten, wenn die Absichten der Regierung entstellt und verleumdet würden, und wenn sie nicht für einen regierungsfreundlichen Kandidaten stimmen wollten, so sollten sie sich wenigstens von Agitationen gegen die Regierung fern halten und nicht in würdeloser Weise sich an dem Wahltreiben betheiligen. Mit Recht konnte Herr v. Bennigsen auf diese abschwächende Interpretation des Reichskanzlers aufmerksam machen. Aber auch hier mußte man sich fragen, ob es denn nöthig war, die Beamten in so feierlicher Weise auf eine Pflicht des politischen Anstands aufmerksam zu machen, die in der milden Deutung, welche ihr heute zu Theil wurde, im Grunde ebenfalls Niemand bestritt. Fälle einer würdelosen Agitation von Beamten gegen die Regierung sind in der jüngsten Wahlbewegung schwerlich irgendwo vorgekommen; eher kann man über das Gegentheil klagen. Nach Alledem wird man den Eindruck der heutigen Debatte dahin zusammenfassen: sie hat bewiesen, daß zur Anregung so schwerwiegender und die politischen Leidenschaften erhitzender Prinzipienfragen ein sachlicher Grund nicht vorhanden war, daß zum Theil über die Grundsätze des Erlasses allgemeine Uebereinstimmung besteht, zum Theil die Meinungsverschiedenheiten durch Mißdeutungen und schroffe Interpretationen über Gebühr verschärft worden sind. Man kann den Verlauf der großen Debatte — abgesehen von einer überaus peinlichen, durch ein Mißverständniß hervorgerufenen Szene zwischen dem Reichskanzler und der Fortschrittspartei — insofern einen befriedigenden nennen, als er die Besorgniß nicht bestätigte, daß der Zündstoff zu einem großen Verfassungskonflikt vorhanden sei, in dem, wie der Abg. Hänel sagte, entweder das Königthum oder das konstitutionelle Leben untergehen müsse. Besser wäre es freilich gewesen, die Regierung hätte die ganze Frage nicht angeregt.“

Die „Voss. Ztg.“ sagt in ihrer Besprechung des tumultuarischen Zwischenfalles:

„C'est le ton, qui fait la musique“ ist ein durchaus richtiges Sprichwort, und so wenig man einen Ton vor Gericht fordern kann, so wenig kann man sich von dem Ton, welchen der Reichskanzler angeschlagen, aus dem Sitzungsbericht eine Vorstellung machen. Der vulkanische Ausbruch kam um so unerwarteter und erschien um so auffallender und überraschender, als der Abgeordnete von Bennigsen schon am 15. Dezember bei Berathung des Antrages Hänel, Dirichlet, Baumbach, Rickert gegenüber dem den Beamten für ihre Thätigkeit in der Wahlkampagne in Aussicht gestellten Dank ihres königlichen Herrn ganz dasselbe gesagt hatte, wie der Abgeordnete Hänel gestern, nur noch mit schärferen und mehr akzentuirten Worten.

Zur Verstaatlichung der Eisenbahnen.

(Fortsetzung der allgemeinen Motive.)

Jede durchgreifende Reform begegnet naturgemäß in der Uebergangsperiode besonderen Schwierigkeiten. Um die nach dem Gesichtspunkte der Konkurrenz ausgebildeten Betriebsordnungen der Rheinisch-Westfälischen Bahnen durch ein einheitlich geregeltes Betriebssystem zu ersetzen, bedurfte es einer wesentlichen Umgestaltung in der Verwaltung, in dem Betriebe und in den baulichen Einrichtungen der vereinigten Bahnen. Die mit einer Maßregel von solcher Tragweite verbundenen Schwierigkeiten mußten aber eine erhöhte Bedeutung und einen zeit-

weise nicht unbedenklichen Umfang durch den Umstand gewinnen, daß die Durchführung der Maßregel gerade in die Zeit eines außerordentlichen, unerwarteten und rapiden Verkehrsaufschwunges fiel. Nach den vorliegenden Berichten über den Umfang der Kohlenförderung im Ruhr-Revier berechnete sich die Steigerung schon im dritten Quartale 1881 auf nahezu 10 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Dieselbe entspricht einer vermehrten Produktion auf dem gesammten Gebiete der Montanindustrie. Die hierdurch bedingte erhöhte Transportleistung der Eisenbahnen begegnete gleichzeitig den Anforderungen, welche die umfangreichen Getreide-, Kartoffel- und Rübentransporte neben der jährlich wiederkehrenden Bestellung der Wintervorräthe während der drei letzten Monate des verflossenen Jahres an die Eisenbahnen gestellt haben. Ein solcher Verkehrsaufschwung ist in den Kreisen des Handels und der Industrie ebensowenig, wie von den Eisenbahn-Verwaltungen vorhergesehen worden. In einem auf Vermehrung des Wagenparks der Staatsbahnen gerichteten Antrage eines der angesehensten industriellen Vereine des Landes aus dem Januar 1880 wurde die voraussichtliche Transport-Aufgabe der Eisenbahnen im Ruhr-Revier für das laufende Jahr auf die tägliche Gestellung von 13,000 Halbabladungen veranschlagt, während die effektive Gestellung dieses Maaß weit übersteigt, gleichwohl aber nicht unerheblich hinter dem Bedarf zurückgeblieben ist. Mit einer veränderten Organisation, einer veränderten Betriebsaufgabe und in vielen Beziehungen geänderten Betriebseinrichtungen standen die Verwaltungen der rheinischen Bahnen einer Anforderung gegenüber, deren Höhe über alle Erwartungen hinausging. Die Reorganisation der Verwaltung hatte zugleich eine Verschiebung in dem Personal der höheren Beamten zur Folge gehabt, so daß ein Theil der betreffenden Beamten mit dem ihnen angewiesenen neuen Wirkungskreise noch nicht völlig vertraut geworden war. Auch das Personal der niederen Beamten in seiner bisherigen Gewöhnung an eine nach dem Gesichtspunkte der Konkurrenz der früher getrennten Linien ausgebildete Betriebsordnung hatte sich in das neue System des einheitlich geregelten Betriebes der nunmehr vereinigten Bahnen noch nicht in erwünschtem Maße finden können. Die weitaus größte Schwierigkeit aber mußte aus dem Umstande erwachsen, daß die bauliche Einrichtung der Bahnhöfe und der früher getrennten Geleissysteme der rheinischen Bahnen noch fast unverändert in dem Zustande verblieben war, in welchem sie bei der Uebernahme aus dem Gesellschaftsbetriebe sich befand. Die Vereinigung der bisher getrennten Konkurrenz-Bahnhöfe, — der Umbau eines Theiles derselben und zwar gerade der größten und hauptsächlich belasteten Bahnhöfe, — die bessere Verbindung der früheren Konkurrenzlinien, um den Uebergang zu erleichtern und die kürzesten und leistungsfähigsten Routen aus den vereinigten Strecken zu bilden, — eine Vermehrung der Geleise auf manchen Linien, um eine möglichst gleichmäßige und zweckentsprechende Belastung der einzelnen Routen zu ermöglichen, — kurz eine neue und rationelle Gliederung in der baulichen Anordnung des dicht verflochtenen Netzes der rheinischen Bahnen im Ruhrgebiet ist die unerläßliche Voraussetzung für die Herstellung und Ausbildung eines leistungsfähigen, einheitlich geregelten Betriebssystems. Für die Ausarbeitung der Projekte zu so umfassenden baulichen Aenderungen, für die zu der Ausführung erforderliche Geldbewilligung, geschweige denn für die Ausführung selbst war die seit Uebernahme der Bahnen verflossene kurze Zeit selbstverständlich nicht ausreichend. Ueberdies war der Zeitpunkt für die Ausführung einer so umfangreichen und schwierigen Aufgabe noch nicht gekommen. So lange die für Rechnung der Gesellschaft verwalteten, mit den im fiskalischen Betriebe stehenden Strecken im dichten Gemenge liegenden Linien der Bergisch-Märkischen Bahn noch nicht auf den Staat übergegangen sind, steht die Verschiedenheit der Interessen auch jeder durchgreifenden Umgestaltung der baulichen Einrichtung des Gesammtnetzes hindernd entgegen. Die Staatseisenbahn-Verwaltung war daher außer Stande, die bauliche Anlage der Bahnstrecken wie der Bahnhöfe dem neuen Betriebssystem zu aptiren. Mit zureichenden Mitteln unter der Einwirkung der Unzuträglichkeiten einer sich naturgemäß nur langsam vollziehenden Uebergangsperiode hatte sie eine in diesem Umfange nicht erwartete Aufgabe zu lösen, so daß die Leistungsfähigkeit des neuen Systems der einheitlichen Ordnung des Betriebes auf eine schwere Probe gestellt wurde. Gleichwohl wird eine unbefangene Prüfung das Zeugniß nicht verweigern dürfen, daß die Probe bestanden ist. Wenngleich die vielfach über das Maß der Berechtigung hinaus gesteigerten Klagen noch kaum verhallt sind, so hat doch bereits die Einsicht Raum gewonnen, daß bei der Ungunst der Verhältnisse seitens der Verwaltung in der That das Mögliche geleistet ist. Dank der erhöhten Leistungsfähigkeit, welche durch die Vereinigung des Wagenparks aller für Staatsrechnung verwalteten Bahnen und durch eine einheitliche Wagendisposition für das gesammte Verwaltungsgebiet erreicht worden ist, sind die Schwierigkeiten in der Hauptsache in nicht zu langer Zeit überwunden worden. Im Ruhrrevier, wo die Klagen über ungenügende Wagengestellung am Lebhaftesten hervorgetreten sind, ist es thatsächlich gelungen, während der Periode vom 8. bis 15. Dezember 1881 die tägliche Wagengestellung auf die Höhe von 16,091 Halbladungen zu bringen, während die Durchschnittsleistung der gleichen Zeitperiode des Vorjahres sich auf 14,311, diejenige des Jahres 1879 auf 13,636 Halbladungen bezifferte. Im Monat November erhob sich die Maximalleistung zeitweise auf 18,393 Halbladungen, während dieselbe im Vorjahre nur die Zahl von 15,405, 1879 sogar nur die Zahl von 15,122 erreichte. Wenn die bis zu solcher Höhe gesteigerte Transportleistung, den in den Kreisen der Industrie selbst veranschlagten Bedarf weit übersteigend, dennoch zeitweise hinter den wirklichen Anforderungen zurückgeblieben ist, so kann zwar das Bedürfniß einer Vermehrung des Wagenparks nicht von der Hand gewiesen, wohl aber der Vorwurf, daß die zeitweise ungenügende Leistung in dem Mangel genügender Voraussicht oder in der Unzulänglichkeit des neuen Betriebssystems ihren Grund habe, abgelehnt werden. Nicht in dem System selbst, sondern in der Ungunst der Verhältnisse, vor Allem in dem Umstande, daß die Reform nur in unvollkommener Weise und in beschränktem Umfange ausführbar war und deshalb zur vollen Wirkung nicht gelangen konnte, liegt der Grund, daß es bis jetzt noch nicht möglich gewesen ist, die Leistungsfähigkeit der einheitlich verwalteten Bahnen in ihrem ganzen Umfange zur Entfaltung zu bringen. Alle diese Erwägungen drängen darauf hin, die aus dem Fortbestande großer Privatbahnen erwachsenden Hindernisse einer einheitlichen Betriebsordnung sobald als möglich zu beseitigen. In der Begründung des Gesetzentwurfs über die erste Serie der für den Staat zu erwerbenden Privatbahnen ist die Nothwendigkeit eines allmäligen und planmäßigen Vorgehens durch den Hinweis auf den Umfang einer so großartigen Reform, auf die finanziellen und administrativen Schwierigkeiten ihrer Durchführung gerechtfertigt worden. Nach der von der königlichen Staatsregierung unter Zustimmung der Landesvertretung abgegebenen Erklärung wurde die erste Serie mit den damaligen Bewerbungen als abgeschlossen bezeichnet, und die Nothwendigkeit ausdrücklich betont, daß zunächst der Effekt dieser großen Operation für das Staatsinteresse, das wirthschaftliche so wohl, wie das finanzielle nach allen Seiten hin gesichert werden müsse, bevor mit neuen Erwerbungen vorzugehen sei. Um dies Ziel schnell und sicher zu erreichen, hat die Regierung mit der Uebernahme der Verwaltung der in ihren Besitz übergegangenen Bahnen alle Kräfte aufgeboten. In der Denkschrift, betreffend die bisherigen Erfolge der Erweiterung und Konsolidation des Staatseisenbahnbesitzes, welche in der vorjährigen Session dem Landtage vorgelegt ist, sind im Anschluß an die Ausführungen in der Begründung des die ersteren Erwerbungen betreffenden Gesetzentwurfs die Ergebnisse der Reorganisation in dem Betriebe und der Verwaltung der vereinigten Bahnen eingehend erörtert worden. Weitere Mittheilungen sind in dem diesjährigen Bericht über die Ergebnisse des Betriebes 1880/81 enthalten. Ueberblickt man den Gesammterfolg der Reform, soweit dieselbe bisher zur Ausführung gebracht ist, so kann es einem begründeten Zweifel nicht mehr unterliegen, daß die Voraussetzungen erfüllt sind, von welchem die weitere Durchführung der Staatseisenbahnpolitik abhängig gemacht ist, und daß alle Bedenken sowohl gegen die Berechtigung der eingeleiteten Reform, wie gegen die Opportunität der Weiterführung haltlos sind. Durch den Umtausch von Aktien und Prioritätsobligationen der verstaatlichten Bahnen ist bis jetzt ein Gesammtbetrag von Staatsschuldverschreibungen in Höhe von mehr als 420,000,000 M. zur Ausgabe gelangt, ohne daß der Cours der letzteren irgend welche nennenswerthe Schwankung gezeigt hat. Weder die bisherigen Emissionen, noch die Rücksicht auf die bevorstehende noch umfangreichere Emission hat den Staatskredit in irgend nachtheiliger Weise beeinflussen können. Ebensowenig hat die Umwandlung des Aktienkapitals in feste Rententitel irgend welche bedenkliche Verschiebungen in den Verhältnissen des Geldmarktes zur Folge gehabt. Im Gegentheil scheinen die Verhältnisse des Geldmarktes seit der Einleitung der gegenwärtigen Staatseisenbahnpolitik eine wesentlich solidere Gestaltung anzunehmen. Die zeitweise Erregung, welche durch die Erwartung bevorstehender weiterer Verstaatlichung auf dem Eisenbahnmarkt selbst herbeigeführt worden ist und ungeachtet wiederholter Erklärungen, daß zur Zeit weitere Bahnankäufe nicht in Aussicht genommen worden sind, zum Theil noch fortbesteht, ist dagegen lediglich eine begleitende Erscheinung solcher Operationen, welche an sich unvermeidlich, erst mit dem Abschluß der letzteren ihr Ende erreicht.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

\+ **Berlin**, 24. Jan. [Der Erlaß vom 4. Januar. Die Handelskammer.] Wie unerläßlich eine authentische Interpretation des königlichen Erlasses vom 4. Januar ist, ersehen wir gerade heute Abend aus der „Nordd. Allg. Ztg.“, welche an erster Stelle einen „bemerkenswerthen“ Artikel der „Heilbronner Zeitung“, betitelt: „Der Erlaß des Königs und die neue Wirthschaftspolitik“ reproduzirt. Der Jargon der „Heilbronner Ztg.“ hat eine so merkwürdige Aehnlichkeit mit anderen gleichfalls von der „Nordd. Allg. Ztg.“ als bemerkenswerth mitgetheilten Auslassungen, daß man versucht ist, auf gleiche Quellen zu schließen. Kurz gefaßt beweist die neueste Offenbarung, daß der Erlaß vom 4. Januar die nothwendige Konsequenz der Botschaft vom 17. November ist, die Vorbereitung für die Schlacht gegen das Manchesterthum zu Gunsten des sozialen Königthums, „die Reorganisation und bessere Disziplinirung der Beamtentruppe“. Jeder Staatsbeamte müsse sich „in einen monarchischen Repräsentanten der aktiven Landesväterlichkeit“ umwandeln. Eine Unterdrückung der Manneswürde setze diese Verwandlung ebensowenig voraus, wie eine solche im Soldaten, im Offizier und General eintritt, indem er sich zum Werkzeug der äußeren Landesvertheidigung macht. Die Sozial- und Wirthschafts-Reform gehöre zur inneren Landesvertheidigung gegen die Sozialrevolution; der äußere wie der innere Feind erfordern eine disziplinirte Armee, wenn Sieg und Ehre statt Niederlage und Schande der Preis sein solle. Die Leser der „Heilbronner Ztg.“ werden nicht wenig erstaunt sein, aus dem Munde des preußischen Ministerpräsidenten zu erfahren, daß der Erlaß vom 4. Januar nichts weniger ist, als eine Mobilmachungsordre, und daß Fürst Bismarck nichts weniger erstrebt, als einen Konflikt, indem er eine Position vertheidigt, die von Niemanden angegriffen wird. „Bemerkenswerth“ ist demnach der Artikel der „Heilbronner Ztg.“ nur deshalb, weil er die Mißverständnisse illustrirt, welche der Erlaß vom 4. Januar selbst in Kreisen veranlaßt hat, welche dem Reichskanzler nahe stehen. — Nach dem Gesetz über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 haben dieselben die Bestimmung, die Gesammtinteressen der Handels- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks wahrzunehmen, insbesondere die Behörden in der Förderung des Handels und der Gewerbe durch thatsächliche Mittheilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. In welcher Weise die Handelskammern diese Bestimmung erfüllen sollen, ist in dem Gesetz im Einzelnen vorgeschrieben, woraus sich ergiebt, daß die Handelskammern Vorschriften des Handelsministers oder der Provinzialbehörden, welche über die ihnen durch das Gesetz auferlegten Verpflichtungen hinausgehen, nicht entgegenzunehmen haben. Das Verlangen des Ministerialerlasses vom 30. November v. J., die Handelskammern sollten in der nächsten Plenarsitzung die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen beschließen, wozu sie nach dem Gesetz berechtigt, nicht aber verpflichtet sind, ist ein Eingriff in die Selbständigkeit der Handelskammern. Das Gleiche gilt von der Weisung, vom 1. Januar 1882 ab vierteljährlich die Protokolle ihrer Sitzungen dem Minister einzureichen. Was die nach § 32 des Gesetzes dem Handelsminister alljährlich bis spätestens Ende Juni einzureichenden Jahresberichte über den Gang und die Lage des Handels betrifft, so ist die Veröffentlichung dieser Berichte seitens der Handelskammern im Gesetz nicht vorgeschrieben; dagegen sind nach § 27 die Handelskammern verpflichtet, am Schlusse jedes Jahres in einer besonderen Uebersicht von ihrer Wirksamkeit und von der Lage und dem Gange des Handels und der Gewerbe, sowie summarisch von ihren Einnahmen und Ausgaben durch die öffentlichen Blätter Kenntniß zu geben. Diesen für die Handel- und Gewerbetreibenden des Bezirks bestimmten Bericht pflegen die Handelskammern in Erfüllung des § 32 des Gesetzes dem Handelsminister gedruckt zu überreichen. Wenn der Minister verlangt, daß diese Berichte nicht veröffentlicht werden ohne seine Zustimmung und eventuell nicht ohne die von ihm veranlaßten Berichtigungen, so ist das ein weiterer Eingriff in das Recht der Meinungsäußerung der Handelskammern, bezw. der Zumuthung an dieselben, ihren Kommittenten nicht die Auffassung der Handelskammer, sondern diejenige des jeweiligen Handelsministers mitzutheilen. So hat auch die Handelskammer zu Hannover den Ministerialerlaß beurtheilt, indem sie einstimmig beschloß, gegen denselben zu protestiren. Was der Erlaß des Handelsministers bewirken würde, ergiebt sich am deutlichsten aus dem bekannten Erlaß an die Handelskammer in Grünberg, welche Berichtigungen des Jahresberichtes im Sinne und zu Gunsten der Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers herbeiführen sollte. In Zukunft würde der Handelsminister natürlich sein placet zur Veröffentlichung der Berichte erst geben, wenn die Handelskammern sich seiner Zensur unterworfen hätten. Im hausbackenen Deutsch heißt das nichts anderes, als die freihändlerischen Handelskammern mundtodt machen, und gegen diese Wirkung richtet sich der Protest der Handelskammer zu Hannover.

— [Parlamentarisches.] Uebermorgen wird voraussichtlich der Reichstag geschlossen werden. Eine Frühjahrssession scheint zwar seitens der Regierung noch nicht definitiv aufgegeben zu sein, indessen will Niemand daran glauben, daß die Fertigstellung des Unfallversicherungsgesetzes, des Tabakmonopol-Entwurfs und was sonst noch für die gesetzgeberische Thätigkeit des Reichstags in nächster Zeit in Aussicht genommen ist, so rasch zu bewerkstelligen sei, um schon nach wenigen Monaten an den Reichstag gebracht werden zu können, und wenn man das ungewöhnlich große und schwierige Arbeitspensum des Landtags erwägt, Etat, Kirchenvorlage, Eisenbahnverstaatlichung u. s. w., so wird man nur wünschen können, daß von einer Frühjahrssession des Reichstags, welche die Leistungsfähigkeit der Volksvertreter ganz übermäßig in Anspruch nehmen würde, abgesehen wird. Im Herbste kann der Reichstag früher, als es diesmal möglich war, einberufen werden, und wird dann mehr Muße zu den in Vorbereitung begriffenen großen Gesetzgebungsarbeiten haben. — Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet nunmehr bestimmt Montag, 30. d. M., statt. Tagesordnung: Etat.

— Der Nachweisung über die Anzahl der für das laufende Etatsjahr (1. April 1881/82) zur Klassensteuer und zur klassifizirten Einkommensteuer veranlagten Personen und über den Betrag der für dasselbe Jahr veranlagten Steuer entnehmen wir folgende, den preußischen Nationalwohlstand annähernd kennzeichnende Daten: Bei einer Gesammtbevölkerung von 26,716,700 Seelen in Preußen befinden sich 3,772,000 einzelnsteuernde Personen und 5,383,900 Familien. Im Durchschnitt entfallen mithin auf jede Familie (Haushaltung) 4,26 Personen. Von den einzelnsteuernden Personen sind 30,286 Personen zur klassifizirten Einkommensteuer (mit einem Einkommen von mehr als 3000 M.) und 1,183,352 Personen zur Klassensteuer (mit einem Einkommen von weniger als 3000 M.) veranlagt, während der Rest — 2,558,000 Personen — aus gesetzlichen Gründen, hauptsächlich wegen eines zu geringen Jahreseinkommens, nämlich weniger als 420 M. jährlich, steuerfrei ist. Von den Haushaltungen sind zur klassifizirten Einkommensteuer 147,703 Haushaltungsvorstände und zur Klassensteuer 3,863,300 Haushaltungsvorstände herangezogen, während aus gesetzlichen Gründen steuerfrei 1,372,900 Haushaltungsvorstände sind. Auf jede zur klassifizirten Einkommensteuer herangezogene Haushaltung entfallen durchschnittlich 4,17 Personen, auf jede klassensteuerpflichtige Haushaltung entfallen 4,42 Personen und auf jede steuerfreie Haushaltung 3,84 Personen. In Prozenten der Bevölkerung unterliegen 2,42 Prozent der klassifizirten Einkommensteuer, 68,29 Prozent der Klassensteuer und 29,29 Prozent sind steuerfrei. Am ungünstigsten äußert sich dieses Verhältniß in Ostpreußen und Schlesien, woselbst 57 Proz. resp. 43 Proz. der Bevölkerungen steuerfrei sind. Am günstigsten zeigt sich das Verhältniß der Steuerzahler zu der Bevölkerung in dem Regierungs-Bezirk Arnsberg, wo nur 14,44 Proz. steuerfrei ist; (in Berlin sind 18,02 Proz. steuerfrei). Der Betrag der Klassensteuer betrug 42,147,899 M., wovon drei Monatsraten, im Betrage von $10\frac{1}{2}$ Millionen, nicht zur Hebung gelangt sind; der Betrag der klassifizirten Einkommensteuer betrug 34,445,426 Mark, wovon von den fünf untersten Stufen drei Monatsraten, im Betrage von 3,586,000 M. unerhoben blieben. Die sieben höchstbesteuerten Personen (einer in Münster mit ca. 800,000 M. Einkommen, zwei in Berlin mit ca. 900,000 M. und ca. zwei Millionen Mark Einkommen, einer in Oppeln mit ca. 950,000 Mark Einkommen, einer in Düsseldorf mit ca. 2,100,000 Mark Einkommen und zwei in Wiesbaden mit $2\frac{1}{3}$ Millionen und $2\frac{1}{2}$ Millionen Einkommen) zahlen zusammen 338,400 M. Einkommensteuer jährlich.

— Wie die „N. Z.“ hört, dürfte Herr v. Schlözer sich bereits in einigen Tagen nach Rom begeben, zunächst ohne dort formell als preußischer Gesandter beglaubigt zu werden, da dies erst nach der Bewilligung des betreffenden Etatspostens durch den Landtag geschehen kann; die rasche Wiederanknüpfung der direkten Verhandlungen mit der Kurie dürfte im Zusammenhange mit der neuen kirchenpolitischen Vorlage stehen.

— In der „Post“ lesen wir:

Wie wir vernehmen, soll Probst Herzog in Berlin die besten Chancen für den breslauer Bischofssitz haben. Er steht auf der Vorschlagsliste, welche dem Domkapitel mit mehreren Namen von Berlin nach Breslau zurückging und seine Wahl wurde zuversichtlich erwartet. Plötzlich scheinen dem Kapitel unbekannte Bedenken aufgestiegen zu sein und es will sich seines Wahlrechtes begeben, indem es dem Papste die Nominirung überläßt. Welche Motive da mitgewirkt haben, wird erst die Zukunft lehren, sicher aber ist schon jetzt, wie uns aus Schlesien geschrieben wird, daß der Diözesanklerus sehr getheilter Ansicht über dieses Verfahren ist und ebenso begegnet es in Laienkreisen vielfacher Kritik. Die Abdankung der Domkapitel gegenüber der Macht der Kurie wird immer evidenter und viele Katholiken sehen mit Besorgniß auf die Zentralisation des Kirchenregiments in stets steigendem Maße.

Dazu ist allerdings, wie die „N. Z.“ bemerkt, nur zu viel Grund vorhanden, aber diese Entwicklung ist die natürliche Konsequenz der neuesten Kirchenpolitik der Regierung. Früher betrachtete die Staatsgewalt in Preußen, und wohl überall in Deutschland, es mit Recht als ihre Aufgabe, die altherkömmliche Eifersucht der hohen katholischen Geistlichkeit der Kurie gegenüber auf ihre Selbständigkeit nach Möglichkeit zu unterstützen. Dieser richtige Grundsatz nationaler Politik wird jetzt dem Anscheine nach vollständig preisgegeben, um der vermeintlichen Bequemlichkeit direkter Verständigung mit dem Papste willen. Daß diese am letzten Ende im Sinne jenes kirchlichen Absolutismus wirkt, dem auch das Unfehlbarkeits-Dogma, der Ausgangspunkt des Streites, dient, scheint man nicht zu bemerken.

1

— Die Gerüchte über eine angeblich bevorstehende Auflösung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung sind, wie man der „Tribüne" schreibt, lediglich auf die Thatsache zurückzuführen, daß der Oberpräsident im Auftrage der Staatsregierung resp. des Ministers des Innern eine Anfrage an den Magistrat über den Stand der Angelegenheit wegen Neueintheilung der Kommunalwahlbezirke gerichtet habe. Diese Anfrage sei ausführlich vom Magistrat beantwortet worden. Bis jetzt liegen keinerlei Anzeichen vor, daß der Oberpräsident eine andere Auffassung als der Magistrat über die einschlägigen Bestimmungen der Städteordnung habe, so daß also der sogenannte Strafparagraph 79 der Städteordnung zu der Maßnahme einer Auflösung der Kommunalbehörde zur Erzielung einer neuen Eintheilung der kommunalen Wahlbezirke nicht berechtigen würde.

— Nach einer Mittheilung der „Weser-Ztg." aus Geestemünde hat die dortige Handelskammer einen mit dem gestern mitgetheilten hannoverschen übereinstimmenden Protest gegen das vom Fürsten Bismarck erlassene Reskript an die Handelskammern beschlossen.

— Die gemischte Kommission für das Reichstagsgebäude wird heute Abend die Berathung des von der Subkommission aufgestellten Bauprogramms beginnen. Man hofft, in etwa zwei Sitzungen diese Berathungen zu beendigen. Alsdann würde die Thätigkeit der Kommission erst wieder einzutreten haben, wenn die Pläne vorliegen.

— Die gestrige Sitzung des Reichstags brachte wiederum einen neuen Belag für die Art und Weise, in welcher die antifortschrittliche Agitation in Berlin Aussprüche ihrer Gegner fälscht. In der Wahlkampagne und in den antisemitischen Preßorganen aller Art spielt die dem Professor Virchow in den Mund gelegte Redensart: „Sie müssen auf den Affen kommen!" eine große Rolle; man hatte sogar die Dreistigkeit auf die stenographischen Berichte als Quelle für die Richtigkeit des Zitats hinzuweisen. Nun ist es sattsam bekannt, daß Professor Virchow ein eifriger Gegner der Darwin'schen Deszendenztheorie ist und daß er um dieser Gegnerschaft willen seitens der Anhänger Darwin's den heftigsten Anfeindungen ausgesetzt war. Schon dieser Umstand hätte einem ehrlichen Gegner Bedenken einflößen müssen, das obige Zitat als Agitationsmittel zu benutzen. Gestern nun nahm Professor Virchow Veranlassung auf den Ursprung des antisemitischen Schlagworts zu verweisen. In der Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 18. Januar 1879 stand ein Fall zur Debatte, welcher seiner Zeit ein gerechtes Aufsehen erregt hatte. Ein westfälischer Oberlehrer hatte angeblich in den obern Klassen eines Gymnasiums die Darwin'sche Theorie zum Gegenstande seines Vortrages gemacht, worüber in der ultramontanen Presse Lärm geschlagen worden war. Die Stellung Virchow's zu dieser Angelegenheit wurde gekennzeichnet durch die Worte:

„Ich bin der Meinung, daß es ungehörig ist, etwas, was als reine Hypothese aufgestellt ist, als eine fertige Lehre in den Schulen vorzutragen, und ich bin noch viel mehr der Meinung, daß es nicht zu dulden ist, wenn eine solche Lehre direkt einer bestimmten religiösen Ueberzeugung entgegengestellt wird. Ich glaube in diesem Punkte Ihren Anforderungen vollkommen zu genügen. Auch nach meiner Meinung hat der Herr Minister vollkommen Recht, indem er dem Betreffenden eine Monitur hat zugehen lassen."

Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam nun Professor Virchow auf das Verhältniß des religiösen Dogmas zu den Resultaten der Wissenschaft zu sprechen und stellte die Behauptung auf, daß man nicht von vornherein die Wahrheit aller Sätze darnach ermessen kann, ob sie mit der jeweiligen Lehre irgend einer Kirche im Widerspruche stehen. Er führte dann im Einzelnen aus, wie sich die Kirche den Fortschritten der Wissenschaften angepaßt habe, und verwies auf Columbus, Galilei und Magellan, deren Entdeckungen allerdings von einem Knaack bestritten, von der katholischen Kirche aber respektirt wurden. In diesem Sinne nun sagte Virchow, der Gegner der Darwin'schen Deszendenztheorie, nach dem stenographischen Berichte:

Das, meine Herren, ist die Situation, und wenn einmal positiv nachgewiesen werden sollte, daß die Deszendenz wirklich stattgefunden hat, so wird Ihnen alle Ihre Vorstellung von Adam nichts helfen,

(Heiterkeit)

die müssen Sie dann aufgeben.

(Ruf im Zentrum: Auf den Affen kommen!)

Diesen Zuruf wiederholte Professor Virchow, in welchem Sinne ergiebt die Bemerkung des stenographischen Berichts: Große Heiterkeit. — Das ist die Genesis eines Ausspruchs, der zu den unglaublichsten Angriffen auf Virchow das Material hat liefern müssen. (Berl. Volksztg.)

— Der Gesetzentwurf über die Bildung von Eisenbahn-Räthen für die Staatseisenbahn-Verwaltung, welcher dem Abgeordnetenhause zugegangen ist, umfaßt 23 Paragraphen und entspricht im wesentlichen dem frühern unerledigt gebliebene Entwurfe. In § 1 wird bestimmt: „Zu beiräthlicher Mitwirkung in Eisenbahnverkehrsfragen werden bei den für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen errichtet: a. Bezirkseisenbahnräthe als Beiräthe der Staats-Eisenbahndirektionen; b. ein Landeisenbahnrath als Beirath der Zentralverwaltung der Staatseisenbahnen." § 2 lautet: „Bezirkseisenbahnräthe werden errichtet bei den königlichen Eisenbahndirektionen zu Bromberg, Berlin, Magdeburg, Hannover, Frankfurt a. M. und Köln. Der Bezirkseisenbahnrath zu Köln fungirt für die Bezirke der königlichen Direktionen der rechtsrheinischen und der linksrheinischen Eisenbahn." Nach § 3 werden die Bezirkseisenbahnräthe aus Vertretern des Handelsstandes, der Industrie, der Land- und Forstwirthschaft zusammengesetzt und für die Dauer von drei Jahren bestellt. § 4 spricht die Zulassung außerpreußischer Theilnehmer aus, wenn der Bezirk einer Staatseisenbahn-Direktion außerpreußisches Gebiet umfaßt und dort die Heranziehung eines Landesangehörigen gewünscht wird. Nach § 5 hat jeder Bezirkseisenbahnrath einen ständigen Ausschuß. § 6 ordnet wie folgt die Zuständigkeit: „Der Bezirkseisenbahnrath ist von der betreffenden Staatseisenbahn-Direktion in allen die Verkehrsinteressen des Bezirks oder einzelner Distrikte desselben berührenden wichtigen Fragen zu hören. Namentlich gilt dies von wichtigeren Maßregeln bei der Festellung oder Abänderung der Fahrpläne und der Tarife. In eiligen Fällen ist der Ausschuß, und zwar nöthigenfalls auch im Wege schriftlicher Umfrage zu hören. Wenn die Eisenbahndirektion wegen Gefahr im Verzuge ohne vorherige Anhörung des Bezirkseisenbahnrathes oder des Ausschusses wichtigere, zur Beirathszuständigkeit desselben gehörige Maßregeln getroffen hat, so muß sie hiervon dem Ausschusse (§ 5) und dem Bezirkseisenbahnrathe bei deren nächstem Zusammentritte Mittheilung machen. Der Bezirkseisenbahnrath kann in Angelegenheiten der vorbezeichneten Art auch selbstständig Anträge an die Staatseisenbahn-Direktion richten und von dieser Auskunft verlangen. Nach § 7 erfolgt die Berufung mindestens zwei Mal jährlich, sonst nach Bedürfniß der Staatseisenbahn-Direktion. Der Arbeitsminister bestimmt den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. § 10 betrifft den Landeseisenbahnrath. Derselbe besteht aus einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, welche der König auf ein Jahr ernennt: aus je einem Kommissarius der Minister für öffentliche Arbeiten, Handel, Finanzen und Landwirthschaft; aus je drei Mitgliedern und drei Stellvertretern beider Häuser des Landtags; ferner aus je einem, bezw. je zwei Mitgliedern der verschiedenen Provinzen nebst gleicher Anzahl von Stellvertretern. Die Mitglieder werden durch die Bezirkseisenbahnräthe aus den oben genannten Kategorieen innerhalb der Provinz des Regierungsbezirks oder der Stadt auf drei Jahre gewählt. § 11 überläßt dem Minister, geeignetenfalls Spezialsachverständige zuzuziehen. § 12 und 13 betreffen den Ausschuß des Landeseisenbahnraths. § 14. lautet: „Dem Landeseisenbahnrath sind zur Aeußerung vorzulegen: 1) die dem Entwurf des Staatshaushalts-Etats beizufügende Uebersicht der Normal-Transport-Gebühren für Personen und Güter; 2) die allgemeinen Bestimmungen über die Anwendung der Tarife (Tarifvorschriften); 3) die Anordnungen wegen Zulassung oder Versagung von Ausnahme- und Differentialtarifen (unregelmäßig gebildeten Tarifen); 4) Anträge auf allgemeine Aenderungen der Betriebs- und Bahnpolizei-Reglements, soweit sie nicht technische Bestimmungen betreffen. Auch hat der Landeseisenbahn-Rath in allen wichtigeren, das öffentliche Verkehrswesen der Eisenbahnen berührenden Fragen auf Verlangen des Ministers der öffentlichen Arbeiten sein Gutachten zu erstatten. Der Landeseisenbahnrath kann in Angelegenheiten der vorbezeichneten Art auch selbstständig Anträge an den Minister richten und von diesem Auskunft verlangen." Nach § 15 wird der Landeseisenbahnrath vom Minister nach Bedürfniß, mindestens aber vierteljährlich nach Berlin berufen. Die übrigen Paragraphen enthalten Ausführungsbestimmungen. Nach § 23 tritt das Gesetz am 1. Januar 1883 in Kraft.

— Aus Leipzig, 23. Januar, wird gemeldet: Der Buchdruckereibesitzer Karl Wilhelm Vollrath und sein Sohn, Karl Moritz, Faktor im Geschäft des Vaters, sind von der königl. Kreishauptmannschaft auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen worden.

Oesterreich.

Wien, 23. Januar. [Die Börsen-Katastrophe,] welche nun auch in Wien ausgebrochen ist, drängt alle Ereignisse des Tages in den Hintergrund. Es sei vor Allem konstatirt, daß sich schon jetzt die Annahme als irrig erweist, der wiener Platz werde von den Rückwirkungen des pariser und lyoner Börsenkrachs verschont bleiben, weil die Aktien der Länderbank an der hiesigen Börse nicht eingeführt sind und weil mit Union Générale und anderen Bontoux-Effekten hier keine Spekulation getrieben wurde. In gewisser Beziehung zeigt es sich, daß Oesterreich von den Operationen des Herrn von Bontoux und seiner Alliirten heute schon weit härter mitgenommen wurde als Frankreich, denn während die französische Rente bisher nur um vier Francs (so schreibt die „Deutsche Ztg." am 22. d. M.) im Course gefallen ist, hat die österreichische einen Coursrückgang von acht Gulden innerhalb der letzten drei Tage zu verzeichnen. Diese Erscheinung allein schon reicht hin, auch jene Kreise der Bevölkerung, welche dem Börsentreiben gänzlich fernstehen, in tiefe Besorgniß zu stürzen, denn das große Publikum erinnert sich recht wohl daran, daß unmittelbar nach dem Ausbruche des Krachs vom Jahre 1873 der öffentliche Kredit, welcher im Rentencourse seinen Ausdruck findet, von den Börsen-Ereignissen lange nicht so ins Mitleid gezogen wurde, als dies heute der Fall ist. Unter dem Eindrucke der heutigen Vorgänge an der wiener Börse sind selbst diejenigen zu einer richtigeren Anschauung gelangt, welche es bisher bezweifelten, daß für die Vereinigte Linke des Abgeordnetenhauses nur rein sachliche Gründe maßgebend gewesen, als sie das Verhältniß der Länderbank zur österreichischen Regierung auf die Tagesordnung des Parlaments stellte. Denn da hilft kein Beschönigen: die Beziehungen des Herrn v. Bontoux und seiner Bank zum Ministerium Taaffe-Dunajewski bilden jetzt das Tagesgespräch in Wien und werden wohl auch im ganzen Reiche diskutirt werden. Die Ereignisse auf dem Geldmarkte — das unterliegt wohl keinem Zweifel — werden im österreichischen Abgeordnetenhause demnächst schon zur Sprache gelangen, und Herr v. Dunajewski dürfte sich bald wieder in die Nothwendigkeit versetzt sehen, den Gegnern seiner Bankpolitik Rede zu stehen.

Frankreich.

[Ueber den Börsenkrach] erhält das „Berl. Tageblatt" von seinem pariser Korrespondenten einen Bericht, dem wir folgende Einzelheiten entnehmen:

Im Folgenden übermittle ich Ihnen jene absolut zuverlässigen Daten, welche ich heute von einem ausgezeichneten Kenner hiesiger Finanzverhältnisse über den Krach in Erfahrung gebracht habe. Die Ziffer der Verluste ist so enorm, daß Aehnliches noch nie dagewesen ist. Um eine Idee davon zu bekommen, bedenke man, daß 300,000 Stück Aktien der Bank Union générale von etwa 3000 auf 1000 gefallen sind, 400,000 Stück Timbale sind von 1200 auf 500 herabgegangen. Die Situation ist in Folge der Katastrophe in diesem Augenblicke (Sonntag Nachmittag) die folgende: die Agents de change, die einzigen legitimen Vermittler in den Börsengeschäften, genossen bis jetzt einen unbeschränkten Kredit, sie waren für jede Summe gut. Es giebt einzelne unter ihnen, die eine Position von 40—50,000 Stück Aktien Union générale zu liquidiren haben, welche also auf jede Aktie 2000 Franken zu bezahlen oder zu bekommen haben. Da sowohl die Agents als auch das Spielerpublikum absolut außer Stande sind, so enorme Differenzen zu begleichen, so steht heute die ganze chambre syndicale des agents de change, mit Ausnahme von zwei oder drei Mitgliedern, vor der Frage des Bankerotts. Auf der einen Seite stehen die Ziffern, um die es sich handelt, so riesenhoch da, daß es unmöglich ist, an ihr Aufbringen zu denken, andererseits ist aber die sonst mit Recht berühmte Moralität des französischen Publikums in sehr bedenklicher Weise ins Schwanken gerathen. Sonst zog der Franzose, um seine Schulden zu zahlen, das Hemd aus, jetzt sagt er: geht die ganze Welt zu Grunde, so will ich auch nicht meinen letzten Sou hergeben, und so kommt es, daß man der Liquidation Ende des Monats mit den größten Besorgnissen entgegensieht. Die ganze Katastrophe geht von der Union générale aus und von der wahnsinnigen Spekulation, welche gerade in diesem Papiere ihren brutalsten Ausdruck gefunden hat. Die Union générale und ihre ganze Gruppe ist sowohl in Paris als in der Provinz vollkommen abgethan. Die Leute haben ihren Kredit, ihr Geld und ihr Selbstvertrauen verloren. Der fromme Gründer Bontoux ist seit 48 Stunden in Paris, er geht von Haus zu Haus. Er bietet als Pfand für ein Anlehen Alles, was er von Werth zusammenraffen konnte, er verlangt 250 Millionen. Leiht mir das Geld, sagt er, oder der ganze Platz geht zu Grunde. Leider aber wird die Unterlage, die er bietet, von Niemandem solid befunden, selbst von dem serbischen Bahngeschäft, welches unter alledem, was Bontoux zu bieten hat, das Beste ist, will Niemand etwas wissen. Seit heute früh 9 Uhr ist die haute finance von Paris versammelt, die Lage der Union Générale zu prüfen. Aber bei dieser Prüfung wird sich kaum ein Ausweg finden lassen; die Union Générale wird gezwungen werden, in Liquidation zu treten, die hiesige haute finance scheint fest entschlossen, die Union dahin zu treiben. Die sogenannte „Timbale" ist vielleicht der einzige Werth der Union, welcher die Katastrophe überleben wird. Die Tragweite der Katastrophe ist im Augenblicke noch gar nicht abzusehen, das Charakteristische bei diesem Krach ist nämlich die besondere Qualität des von ihm speziell betroffenen Publikums. Noch nie hat eine Bank ein so gewähltes, reiches und feines Publikum um sich versammelt, wie die Union Générale, und noch nie hat ein Publikum mit so absolutem Vertrauen einer Bank angehangen. Die Folgen des Krachs werden sehr schlimme sein, für ganz Frankreich, für den ganzen Verkehr, Handel, Industrie Luxus u. s. w. Man berechnet, daß die ganze „Cote der Börse", die zusammen 150 bis 200 Milliarden beträgt, 10 bis 20 Prozent verlieren werde. Der hiesige Platz wird auf ein Niveau herabgedrückt werden, wie man es sich niemals hat träumen lassen. Paris, so sagen Schwarzseher, ist als Börse für zehn Jahre lahmgelegt. Man glaubt, daß der große Schlag vorüber sei, erwartet aber noch eine ganze Anzahl kleinerer Krache. Der Pariser hat sich freilich schon wieder soweit erholt, daß er Witze macht; es heißt jetzt Café Anglais-Aktien verkaufen und Bouillon Duval kaufen, spottet man auf dem Boulevard. Wahrhaft traurig aber sieht es in Lyon aus. Dort hat Jedermann ohne Ausnahme wahnsinnig gespielt vom Straßenräumer bis zum Platzkommandanten. In Lyon war es nicht selten, daß sich ein Dutzend Fabrikarbeiter zusammenthat, um eine Aktie der Union Générale zu kaufen. Anstatt zu arbeiten, lungerten sie dann an der Börse umher, um das Steigen ihres Papieres zu beobachten. Die Lyoner Börsenmakler haben jetzt ihre Zahlungen suspendirt, der Börsen-Syndikus ist gestern mit zwei Vertretern der Börsenmakler nach Paris gereist, um dem Finanzminister und Herrn Grévy die Lage des Lyoner Platzes vorzustellen. In den Straßen ist von nichts die Rede, als vom Ruin aller Welt. Die Männer haben gramvolle Gesichter, Frauen und Kinder weinen. Die Frauen haben vielfach selbst gespielt; selbst Ladenmädchen und die kleinen Sängerinnen der Cafés chantants trugen ihre Ersparnisse auf die Börse, spielten, gewannen erst und verloren nun Alles. Weder im Jahre 1848 noch 1851, noch 1866 und auch nicht 1870—71 war Lyon so hoffnungslos verzweifelt, wie jetzt. Auf meine Frage, in wie weit die gegenwärtige politische Verwirrung an der finanziellen Katastrophe Antheil habe, erwiderte mein Gewährsmann mit Bestimmtheit: „gar keinen!" An der Börse kümmert sich Niemand um Herrn Gambetta und um die Thaten des „großen Ministeriums". Daß die Rente in diesen Tagen noch weiter gesunken ist, erklärt sich ganz natürlich aus den starken Verkäufen jener Leute, welche Geld zur Deckung der an Spekulationswerthen erlittenen Verluste brauchten.

Paris, 23. Januar. [Gambetta.] Heute wurde es in parlamentarischen Kreisen wieder für möglich erachtet, daß Gambetta schließlich doch die Majorität erlangen könnte. Der von der Kommission formulirte Antrag schien wenig Beifall zu finden. In der Umgebung Gambetta's glaubt man an eine Intrigue des Elysée und will wissen, daß Jules Grévy bereits ein Kabinet Ferry Wilson bereit halte. Aufgefallen ist, daß der Präsident am Freitag eine lange Besprechung mit Jules Ferry gepflogen hat. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Deputirtenkammer und der Senat einer beschränkten Revision der Verfassung zustimmen würden. Gambetta würde, wie es heißt, für jetzt auf das Listenskrutinium verzichten und sich vorbehalten, diese Frage vor dem Kongreß zur Sprache zu bringen.

Deutscher Reichstag.

33. Sitzung.

(Schluß.)

Abg. Richter (Hagen): Als der Vorredner das Programm der Fortschrittspartei vom Jahre 1861 mit Bezug auf die Stellung der Beamten bei den Wahlen erwähnte, da riefen die Herren von rechts: „Hört! hört!" Wir brauchen das nicht zu hören, denn wir hatten dieses Zitat bereits in der „Provinzial-Correspondenz" gelesen, und es ist eben so falsch, wie Alles, was in letzterer über die Fortschrittspartei gesagt wird. Jenes Programm ist zu einer Zeit entworfen worden, als die Fortschrittspartei sich als Opposition gegen die damalige sogenannte liberale Regierung formirte. Nun wäre es doch sehr thöricht gewesen, wenn die Fortschrittspartei damals verlangt hätte, die Beamten der Regierung sollten im Sinne derselben Wahlbeeinflussung treiben. Dieser einfache Blick auf die Situation von 1861 — unser heutiges Programm enthält eine solche Stelle nicht — hätte schon eine derartige Mißdeutung abschneiden müssen. Jene Stelle sagt nur, daß eine Regierung in ihren amtlichen Handlungen Uebereinstimmung zeigen müsse in ihren oberen und unteren Organen. Mit einer Benutzung des Amtes zu Wahlzwecken hatte sie nichts gemein. Der Kanzler hat heute auf die Zeit von 1862—1866 wieder zurückgegriffen, und je weniger die Gegenwart für ihn spricht, desto mehr liebt er es, auf jene Zeit zurückzugreifen. Für seinen heutigen Angriff auf die Haltung der Fortschrittspartei in der Konfliktszeit entschädigt uns eine Rede des Kanzlers vom 5. April 1876, in der er ausdrücklich seine Achtung bekundete für die Entschlossenheit, mit der damals die Partei für die Verfassung eintrat. Die Fortschrittspartei, sagte der Kanzler, konnte damals nicht wissen, wo seine Politik schließlich hinausgehen sollte. Er, der Kanzler, habe auch keine Sicherheit gehabt, daß sie faktisch da hinausgehe. Mit demselben Recht aber könnten wir jetzt dem Kanzler auch einen früheren Abschnitt der Politik entgegenhalten. Mit seiner lebhaften Unterstützung hat die konservative Partei 1851 den Bundestag restaurirt, worauf dann die konservative Partei nach Olmütz gegangen ist. (Sehr wahr! links.) Wir achten den Muth des Kanzlers, aber jene älteren Liberalen, die seiner Zeit für den Gedanken der deutschen Einheit Freiheit und Existenz aufs Spiel setzten, haben nicht minder großen Muth bewiesen. (Beifall links.) Wollen wir auf frühere Zeiten zurückkommen, so könnten wir vielleicht sagen: wenn der König 1849, dem Ruf des Volkes entsprechend, die Kaiserkrone angenommen hätte, wäre dann nicht die spätere Blut- und Eisenpolitik erspart worden (Beifall links) und das deutsche Reich unter geringeren Opfern erbaut worden? Niemals hat in der Konfliktszeit die Fortschrittspartei die Verstärkung der Militärmacht nach außen abgelehnt, vielmehr billigte sie die erhöhte Aushebung. Auf der Grundlage der zweijährigen Dienstzeit, welche nach der Erklärung von Roon's kein Hinderniß für die Durchführung der Reorganisation war (hört!), konnte noch im September 1862 die Regierung eine Verständigung haben. Nur gewisse dritte Personen haben solche damals verhindert. Anderenfalls wäre ohne Schädigung der Verfassung das der Fortschrittspartei mit dem Kanzler von Anfang an gemeinsame Ziel des deutschen Kaiserthums der Hohenzollern erreicht worden. Fürst Bismarck regierte damals gegen die Verfassung und hatte deshalb die spätere Indemnität nöthig. Wie kann er heut zur Auslegung der Verfassung sich auf den damaligen Zustand berufen? (Hört! links.) Oder würde er sich etwa im Bundesrath jetzt darauf berufen, daß er einstmals gegen einzelne Regierungen Krieg führte? Verfassungsbruch und Krieg gehören doch nicht zur Grundlage unserer Entwickelung. (Sehr richtig!) Wie paßt überhaupt des Kanzlers Rede zur Rede Hänel's (Sehr richtig! links)? Freilich, der Kanzler würde seine Rede auch gehalten haben, wenn Hänel gar nicht gesprochen hätte. (Heiterkeit.) Er brauchte nun einmal eine solche Rede für seine Politik. Er klagt über Beleidigungen. Aber wirft seine Rede nicht ein ganzes Bouquet von Beleidigungen dem Reichstage und speziell der Fortschrittspartei zu? Was sollen denn, wie ich Herrn von Böttícher erwidern muß, alle die oft wiederholten Wendungen über Fraktionsinteressen anders als den Reichstag herabsetzen? Nicht wir wollen die lebendigen Beziehungen der Krone zum Volk, sondern der Kanzler will unsere lebendigen Beziehungen zum Volk leugnen. Während der Kanzler Gesetze zur Beschränkung der Rechte des Reichstages einbringt, haben wir niemals die Kronrechte durch solche Anträge in Frage gestellt. Er klagt den Reichstag an, daß er die Mehrheitsherrschaft wolle und muß doch selbst zugeben, daß in diesem Reichstag eine bestimmte Mehrheit gar nicht ist. Herr v. Bötticher leugnet die offiziöse Natur der „Politischen Korrespondenz" in Wien. Die Herren Minister wissen manches nicht, was vom Spezialbureau des Kanzlers ausgeht. Herr Bitter wußte auch nicht, was die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" verhindert hat, seine Erklärungen gegen Windthorst aufzunehmen (Heiterkeit). Steht der Direktor des literarischen Bureaus, Konstantin Rößler, mit jener Korrespondenz und den Grenzboten in Verbindung oder nicht? (Hört!) Herr v. Bötticher beklagt sich über ungerechtfertigte Angriffe. Hätten Sie keine offiziöse Presse, so würde man Sie auch nicht suchen, wo Sie sich nicht gern finden

lassen möchten. (Heiterkeit.) Wir haben den Ton in diesem Hause nicht geändert. Früher schritt sogar der Präsident hier ein, wenn in der Debatte der Kaiser erwähnt wurde. Früher stellte der Kanzler selbst seine Politik der Art als persönlich dar, daß er erklärte, nur weil er noch keine Meinung sich habe bilden können, sei Freihandelspolitik geführt worden. Nicht den Willen des Kaisers, sondern sein mehr oder weniger vollständiges Wissen, das Maß seiner freien Zeit für die innere Politik führte der Kanzler als Grund der Wandlungen der Wirthschaftspolitik an. Die „Prov.-Korr." bezeichnet als den Grund des Erlasses die neuliche Bemerkung v. Bennigsen's dagegen, daß der Kanzler für seine Politik die Person des Monarchen zum Schilde nehme. Heute erschien es dem Kanzler offenbar zweckmäßiger, statt sich mit Bennig- auseinanderzusetzen, jene Szene gegen Hänel aufzuführen. (Heiterkeit.) Niemand hat dem Kanzler den Vorwurf persönlicher Feigheit hier gemacht. Wir verwahren uns nur dagegen, daß der Kanzler für seine sachlich falschen Maßnahmen, für eine schlechte Sache die persönliche Autorität des Königs, die gute Person des Monarchen als Schild zu benutzen sucht. (Beifall links.) Alsdann freilich können die Diskussionen nicht mehr blos sachlich geführt werden, während wir doch ein selbstständiges sachliches Urtheil abgeben müssen. Nicht so um die Freiheit der Abstimmungen zu beeinträchtigen, zitirt der Kanzler den Monarchen, sondern dort, wo er im Voraus weiß, wie beim Tabaksmonopol und der Sozialpolitik, daß hier entschieden entgegengesetzte Ansichten vorwalten. Dadurch erscheint der Monarch zum Reichstag in persönlichem Gegensatz. Fällt dann beim beständigen Hereinziehen des Monarchen auf Seiten der Regierung eine Aeußerung, die man als Verletzung der Ehrfurcht vor der Krone bei entsprechendem guten Willen nach oben hin bezeichnen kann, flugs kommt der Herr Reichskanzler, wie heute mit der neulichen Aeußerung Virchow's, und bezeichnet sie als solche nach oben. Dadurch wird alsdann auch der Schein persönlicher Gegensätze hervorgebracht. Unser Präsident würde Verletzungen der Ehrfurcht gegen den Monarchen hier gewiß nicht dulden. (Sehr gut! links) Virchow hat neulich gesagt, daß der Reichstag in die allerschwierigste Lage komme, wenn bei dem raschen Wechsel sozialpolitischer Projekte sich die Regierung jedesmal auf den Kaiser berufe, der diesen Wechsel mitmache. Auf eine Bemerkung von Bötticher's ähnlich der heutigen verwahrte sich alsdann Virchow persönlich ausdrücklich dagegen, daß er nicht in der Ehrfurcht gegen den Kaiser mit Jedem rivalisire, und mit Ehrfurcht und Dank gewisse Veränderungen in der Auffassung der Lage bei dem Kaiser anerkenne. Wenn trotzdem der Kanzler Virchow Ehrfurchtsverletzung gegen den Monarchen vorwirft, so finde ich für ein solches Verfahren des Kanzlers keinen parlamentarischen Ausdruck. Dort aber, wo man Virchow nicht blos durch das kennt, was der Kanzler über ihn sagt, wird diese Aeußerung des Kanzlers keinen Eindruck machen (Beifall). Sagen wir es doch offen, warum die Krone jetzt in den politischen Kampf gezogen wird. Das deutsche Volk will sich nun einmal das Tabaksmonopol und gewisse sozialpolitische Experimente, deren Gefährlichkeit gerade von konservativer Seite noch in letzter Session am richtigsten gekennzeichnet ist, nicht aufzwingen lassen. Vergeblich hat der Kanzler schon vom sachlichen Gebiet die Wahlfrage persönlich zuzuspitzen gesucht, als ob es sich für oder wider die Person des Kanzlers handle. Diese Parole hat nicht verfangen. Der Gedanke, daß der Kanzler einmal nicht mehr Minister sein würde, hat an Abschreckendem unter dem Volke in letzter Zeit viel verloren. Darum sucht der Kanzler jetzt noch den persönlichen Gegensatz zu steigern: Für oder gegen den Kaiser. Damit will er eine Majorität bekommen, so gefügig, daß mit einer solchen ein Minister, wie er es heute selbst bezeichnete, für den Monarchen unabsetzbar wird. Verfängt hierfür bei dem gesunden Sinn des Volkes auch das Hineinziehen des Kaisers nicht, so wird die Gottheit selbst im Wahlkampf noch an die Stelle treten. Schon jetzt wird das Christenthum ja betont. Jener Kreisschulinspektor in Rastenburg, welcher die Lehrer auffordert im Namen des himmlischen Königs konservativ zu wählen, ist der Regierung nur einen kleinen Schritt voraus. Der Erlaß beweist eine große Schwäche der Regierung. Herr von Kardorff erklärt denselben daraus, daß die Fortschrittspartei in den Dörfern agitire und zu viel Geld habe. (Heiterkeit.) Die Konservativen haben, um die Berliner durch Feste für ihre Wahlen einzufangen, mehr Geld ausgegeben, als die Fortschrittspartei im ganzen Lande. Alles in Allem haben uns die Wahlen im Durchschnitt des einzelnen Kreises nicht 2000 Mark gekostet. Glaubt Herr v. Kardorff, daß solche Summen über die Wahlen entscheiden, dann sind Sie alle zusammen kaum über 100,000 Mark werth. (Große Heiterkeit.) Dafür kann man Sie alsdann vollständig verduften lassen. Anstatt als Gegenmittel einen kaiserlichen Erlaß zu verlangen, sollten Sie doch lieber selbst suchen entspkechende Summen aufzubringen, soweit nicht der Reptilienfonds schon mithilft. Uebrigens sind unsere Wähler nicht der Art, daß sie durch „gewissenlose Agenten" sich bestimmen lassen. Der Erlaß zeigt eine Schwäche und schadet der Regierung selbst. Er reizt die unabhängigen Bürger auf (sehr wahr! links), verletzt mit den Beamten das Gefühl der Amtsehre; denn der preußische Beamte will sich nun einmal nicht mehr nach dem Rezept von Zuckerbrot und Peitsche dressiren lassen. Ich erkenne gern die einschränkende Bedeutung an, welche die heutige Verhandlung dem Erlaß gegeben hat. Praktischer scheint mir nur der Fall zu sein, daß konservative Beamte liberalen Arbeitern die Zettel aus der Hand reißen. Das Ansehen der Landräthe wird geschädigt, wenn diese genau wie 1856 beauftragt werden, die öffentliche Meinung vor der Irreleitung durch die Opposition zu bewahren. Redner verliest unter Heiterkeit des Hauses die Rede des Regierungskommissars v. Hahn von 1856 und schildert die aus den damaligen Wahlbeeinflussungen hervorgegangene Landrathskammer. Landrath v. Puttkamer, der 1863 gegen den Grafen Schwerin agitirte, war kurz vorher von demselben Minister angestellt worden. (Heiterkeit.) Er habe, sagte Schwerin 1863, Herrn v. Puttkamer als einen jungen und gescheuten Mann erkannt (Heiterkeit); wenn ein solcher zu Wahlbeinflussungen komme, so beweise das eine verzweifelte Situation für die Regierung. Meines Erachtens gilt dasselbe auch noch heute von der Wahlbeeinflussung des Herrn von Puttkamer. (Heiterkeit.) Mit denselben Reden wie heute durch den Reichskanzler wurden auch im Jahre 1856 die Wahlbeeinflussungen zu beschönigen gesucht. Sogar die Aeußernng, daß in Preußen der Spruch nicht zutreffe, le roi règne, mais il ne gouverne pas ist damals gefallen. Ebenso war es 1863. Der frühere Minister Graf Schwerin beklagte es 1863 als das Traurigste, daß der Name des Königs in die Verhandlungen gezogen werde. Die schlimmsten Früchte könne es bringen, wenn das Land, als ob es sich in der Treue gegen den König unterscheide, in zwei Theile gespalten werde. So sagen auch wir heute: Diejenigen, welche unter dem Vorgeben, das Königthum zu stärken, es in den politischen Kampf hinabziehen, bewirken das Gegentheil. Indem wir uns gegen solches Beginnen verwahren, üben wir gerade diejenige Treue, zu der wir uns gegen Se. Majestät den Kaiser verpflichtet haben. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. **Minnigerode**: Meine Herren! Ich kann mich ganz kurz fassen. Der Fortschrittspartei ist eigentlich Unrecht geschehen. Sie hat sich immer dagegen verwahrt, daß sie nach der Parlamentsherrschaft strebe, sie wolle kein Hausmeierthum, sondern wolle von den Hohenzollern regiert werden. Nun, die Fortschrittspartei hat Recht behalten. Sie wird von den Hohenzollern regiert werden. (Beifall rechts, Heiterkeit links.)

Abg. **Liebknecht**: Wenn die Anschauungen der fünfziger Jahre heute noch zum Worte kommen können, so sei dies Schuld der Fortschrittspartei. Als in den sechsziger Jahren das Volk hinter der Fortschrittspartei stand, da wagte sie es nicht, durchzugreifen und konsequent zu bleiben. Sie ließ sich von der auswärtigen Politik Bismarcks blenden. Redner wendet sich dann dem Etat speziell zu und bedauert, daß der Militäretat und die sonstigen Aufwendungen für Kriegszwecke die Steuerkraft so sehr in Anspruch nehmen. Was die Steuerreform angehe, so sei er und seine Freunde gegen indirekte Steuern, welche das Volk schwer belasten, und für eine direkte progressive Einkommensteuer. Was helfe dem armen Mann die Unfallversicherung, die Invalidenversorgung; Arbeit müsse geschaffen werden. Der Reichskanzler sei auch am 10. Januar sehr kleinlaut gewesen; er habe wohl eingesehen, daß eben so wie bei andern Sachen auch bei der Lösung der sozialen Frage, wer A gesagt habe, auch B sagen müsse. Fürst Bismarck sei nicht der Mann, der das Räthsel der Sphinx, die soziale Frage, gelöst habe. Mit der Sphinx war kein Spaß zu machen, das wissen die Kenner der griechischen Mythologie. Die Sozialdemokraten nehmen Abschlagszahlungen auf ihre Forderungen an. Das Sozialistengesetz habe sie rechtlos gemacht und ein System der Spionage herbeigeführt, wie es noch niemals bestanden habe. Die moderne soziale Reform werde nicht auf ein Kommondo von oben durchzuführen sein. Dem gegenwärtig herrschenden System, welches sie bekämpfen, könnten die Sozialisten keinen Pfennig bewilligen, sie würden deshalb gegen den ganzen Etat stimmen.

Ein Vertagungsantrag, welcher jetzt (5¼ Uhr) eingebracht wird, findet keine unzweifelhafte Mehrheit. Die Zählung ergiebt die Anwesenheit von 195 Mitgliedern, also die Beschlußunfähigkeit. Die Berathung muß deshalb abgebrochen werden. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Virchow**: Ich höre, daß der Reichskanzler eine schwere Anschuldigung gegen mich erhoben hat. Es ist mir nicht möglich gewesen, den authentischen Text seiner Aeußerung zu erhalten; da ich bittere Erfahrungen gemacht habe, so behalte ich mir vor, nach Einsicht dessen, was amtlich anerkannt wird, darauf zurückzukommen. Vielleicht genügen die Bemerkungen schon, welche mein Freund Richter gemacht hat.

Abg. **Hänel**: Ich will nochmals der Behauptung des Reichskanzlers entgegentreten, als ob ich ihm irgendwie den Vorwurf der Feigheit gemacht habe. Wenn der Reichskanzler sich mit hohem Muthe und hoher Absichtlichkeit, um diese Behauptung wahrscheinlich zu machen, auf das Wort Deckung berufen hat, so muß ich bemerken, daß darin keine Hindeutung auf irgend welche persönliche Eigenschaft zu finden ist. Wenn der Reichskanzler trotzdem versucht hat, eine solche Deutung zu geben, so ist das reine Willkür; eine solche Willkür kann zu leidenschaftlichen Szenen führen, aber nicht zu ordnungsmäßiger Debatte.

Abg. **Richter** (Hagen): Der Abg. v. Minnigerode hat eine Aeußerung von mir nicht richtig wiedergegeben. Den Gegenbeweis jetzt zu erbringen, wäre zu langwierig. Wenn er den Erlaß als eine Erwiderung auf meine Ausführungen betrachtet, so ist das eine Ueberschätzung meiner Person, der ich mich ihm gegenüber nicht schuldig mache. (Große Heiterkeit.)

Staatssekretär v. **Bötticher**: Der Abg. Hänel hat soeben erklärt, daß seine Rede keinen Anlaß geboten habe, ihm zu unterstellen, daß er dem Reichskanzler den Vorwurf der Feigheit gemacht habe; er nannte das Vorgehen des Reichskanzlers Willkür. Ich protestire Namens des Bundesraths (Gelächter) gegen eine solche Kritik über irgend ein Mitglied des Bundesraths. (Gelächter.)

Abg. v. **Minnigerode**: Der Abg. Richter ist den Beweis, daß ich unrichtig zitirt habe, schuldig geblieben. Uebrigens habe ich ihn nicht gekannt, sondern nur von der Fortschrittspartei gesprochen. Wenn er trotzdem persönlich geantwortet hat, so kann ich mir nur denken, daß er das Selbstgefühl der Fortschrittspartei in seiner Person trägt.

Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der dritten Lesung des Etats, Petitionen, Wahlprüfungen.)

Berichtigung. In der Rede des Fürsten **Bismarck** in Nr. 62 unserer Zeitung sind einige Druckfehler stehen geblieben. Wir berichtigen die folgenden, weil sie sinnentstellend sind:

Seite 2 Spalte 1 Zeile 36 v. o. fehlt hinter Erlaß das Wort **nicht**.

Seite 2 Spalte 1 Zeile 53 v. o. muß es statt Unhoheit heißen: **Mehrheit**.

Seite 2 Spalte 3 Zeile 14 v. u. ist statt Wolkenkukuksei zu lesen: **Wolkenkukuksheim**.

Seite 3 Spalte 3 Zeile 3 v. o. muß es statt regierungs**feind**lichen heißen: regierungs**freund**lichen.

In der **Hänel**'schen fallen in der 6. Zeile die Worte „Beamten der" weg.

Stadttheater.

Posen, 25. Januar.

Das Gastspiel der Frau **Otto-Alosleben** aus Dresden, welches Dienstag seinen Anfang nehmen sollte, unterblieb leider wegen Erkrankung. Statt der in Aussicht genommenen Oper Donizettis ging man deshalb mit Webers „Freischütz" vor, zum ersten Male in dieser Saison und unter etwas beschleunigenden Umständen. Wenn auch ab und zu im Orchester und in den Chören die drängenden Verhältnisse herausklangen, so kann trotzdem der Gesammtvorstellung volle Anerkennung nicht versagt werden, sie hinterließ einen wohlbefriedigenden Eindruck, der durch die Leistungen des Herrn **Erdmann** und des Frl. **Matthes** in erster Linie mit bedingt war. Herr Erdmann hat gestern nicht zum ersten Male bewiesen, daß ein Heldentenor auch eine lyrische Partie mit vollem musikalischen Verständnisse und voller Hingabe an ihren melodischen Charakter wiederzugeben verstehe, was umgekehrt wohl seltener der Fall sein dürfte. Dieser Max war ebenso schön gesungen als gespielt, frei von allzudramatischen Schlaglichtern und auch frei von jener, den Eindruck oft verkümmernden allzuidyllischen Lyrik, eine frische, durch ausdruckvolles Spiel geadelte Natürlichkeit regelte die Gesammtleistung. Fräulein **Matthes** als Aennchen war im Vollbesitz ihres umfangreichen klangvollen Organs, voll launiger Pointen, klar und präzis im Dialog und wurde den Anforderungen an die Geläufigkeit der Kehle zwangslos gerecht; ihre tragikomische Arie im dritten Akte verdient eines ganz besonderen Hinweises. Fräulein **Schildert** als Agathe wußte den ernsteren, schwermüthigen Gehalt ihrer Partie bloszulegen. Hätte die Rolle auch ab und zu etwas mehr des dramatischen Anreizes vertragen, so war doch namentlich den getrageneren musikalischen Stellen ihr klangvolles Organ günstig, so in der Catilene des 2. Aktes (Zu dir wende ich die Hände), so in der Cavatine „Und ob die Wolke sich verhüllt". Herr **Sieglitz** als Caspar sang seinen Part recht frisch und lebendig und exzellirte auch durch einige tiefliegende, rollende Triller, er stand aber gestern zu sehr im Dienste treibender innerer Hast; das dokumentirte sich im stellenweise zu raschen Dialog, in einer oft etwas zu konvulsivischen Beweglichkeit, das machte seinen Einfluß auf den Gesang selbst geltend; auch hier hasteten die Stimmorgane und raubten dem Tone seine Festigkeit, so daß die tiefsten Töne, die außerhalb des Trachtens nach Kraft liegen, oft viel edler und voller klingen als die Nachbarregister. Wenn man den dem Verbande unserer Oper nun wieder angehörenden Bassisten Fischer dramatisch ein Passivum nennen möchte, so ist sein Kollege Herr Sieglitz der ausgesprochene Gegensatz, das Aktivum. Herr **Fischer** sang gestern den Eremiten, schien aber durch seine ehrwürdige Maske theilweise am richtigen Gebrauch seines Organes gehindert zu werden.

Einen in Ton und Haltung edlen Fürsten Ottokar sang Herr **Grebe**, den Kilian Herr **Grüning** und den Erbförster Kuno Herr **Loneck**. Die Wolfsschlucht brachte einzelne wirkungsvolle Neuerungen, die volle Anerkennung fanden. Der Gesammteindruck war, wie wir nochmals betonen wollen, ein entschieden sehr günstiger, der Beifall ein häufiger und lebhafter, er ließ die Hoffnung Platz greifen, einer baldigen Wiederholung zu begegnen.

th.

Telegraphische Nachrichten.

Brünn, 24. Januar. In der Wohnung der Redakteure der Arbeiterzeitungen „Volksfreund" und „Spravedenost" wurde gestern von der Polizei eine Haussuchung vorgenommen, wobei viele Schriften und Bücher mit Beschlag belegt wurden.

Wien, 24. Januar. Im Herrenhause legte die Regierung einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Volksschulgesetzes vor. Der Entwurf bezeichnet die religiöse, sittliche Erziehung als die Aufgabe der Volksschule und gewährt nach vollendeter sechsjähriger Schulpflicht unter gewissen Umständen Erleichterungen hinsichtlich des weiteren Schulbesuchs. Im Fortgange der Sitzung nahm das Herrenhaus die provisorische Handelskonvention mit Frankreich an.

Wie die „Polit. Korresp." vernimmt, wird sich der Sektionschef im Ministerium des Auswärtigen, Graf Wolkenstein, demnächst nach Berlin begeben, um wegen der Regelung der Donaufrage und einiger anderer Fragen handelspolitischer Natur mit den maßgebenden Kreisen Fühlung zu nehmen.

Paris, 25. Januar. Die Bank von Frankreich stellte dem lyoner Platze bedeutende Mittel gegen Pfänder ersten Ranges, welche von den ersten Finanzhäusern und Handelshäusern Lyons hergegeben wurden, zur Verfügung.

(Wiederholt.)

Haag, 24. Januar. In der zweiten Kammer interpellirte heute der Deputirte Gleichman die Regierung, betreffs der Maßregeln Deutschlands bezüglich der Küstenschifffahrt, und verlangte Auskunft darüber, ob die Regierung auf Grund des Vertrags vom Jahre 1851 es nicht für nöthig erachtet habe, vor der Promulgation des deutschen Küstenschifffahrtsgesetzes Schritte zu thun und ob seit dem Erlaß desselben solche Schritte gethan worden seien. Der Minister des Auswärtigen, van Rochussen, antwortete in bejahendem Sinne und bemerkte, nach der Promulgation des Gesetzes seien Verhandlungen angeknüpft worden und er hoffe, daß dieselben zu einem befriedigenden Ergebniß führen würden. Der Minister konstatirte zugleich, daß die deutsche Regierung jederzeit Beweise ihres Wohlwollens gegen die Niederlande gegeben habe und daß die holländische Regierung darauf großen Werth lege. Gleichman erwiderte, er nehme Akt von diesen Erklärungen und hoffe gleichfalls, daß diese Frage bald in befriedigender Weise ihre Erledigung finden werde.

London, 24. Januar. Der „Times" zufolge hat der russische Botschafter Fürst Lobanow in Folge einer Weisung der russischen Regierung abgelehnt, die Bittschrift der englischen Israeliten zu Gunsten der russischen Juden an den Kaiser von Rußland in Petersburg zu übermitteln.

Petersburg, 24. Januar. Der „Regierungsbote" meldet: Schestakow wurde an Stelle Pestschuroffs zum Marineminister ernannt. Letzterer erhielt den Posten eines Oberst-Kommandirenden der Schwarzenmeer-Flotte. — Von einem Sekretär der hiesigen japanesischen Gesandtschaft wird der „Neuen Zeit" mitgetheilt, daß die Nachricht des „Porjadok" über ein in Akit gegen den Mikado stattgehabtes Attentat gänzlich unbegründet sei.

Petersburg, 25. Januar. Der „Regierungsbote" veröffentlicht heute das kriegsgerichtliche Urtheil in dem Prozeß gegen Sankowsky und Melnikow wegen des Attentats auf Tscherewin. Das Urtheil lautet gegen Sankowsky auf Tod mittelst Stranges; Melnikow wurde zu zwanzigjährigen Zwangsarbei in den Bergwerken verurtheilt. Das Urtheil wurde zur endgilti gen Bestätigung dem Gehilfen des Kommandirenden des Petersburger Militärbezirks überwiesen, welcher das Kriegsgerich am 11. d. benachrichtigte, daß er das Urtheil gegen Melnikow bestätigt habe, das Urtheil gegen Sankowsky dessen Angehörigkeit zu einer geheimen Gesellschaft gerichtlich nich erwiesen sei und welcher ein Gnadengesuch einreichte, dahin abgeändert habe, daß Sankowsky auf unbestimmte Zeit in die Bergwerke verschickt werde. Beide Verurtheilte wurden aller Rechte verlustig erklärt.

(Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin**, 25. Januar, Abends 7 Uhr.

Die **Reichstags-Baukommission** beschloß, eine allgemeine Konkurrenz für alle Deutsche auszuschreiben.

Der **Reichstag** setzte die Generaldiskussion des Etats fort und beschloß nach deren Schluß, zunächst Wahlprüfungen zu erldigen.

Lasker meint, Puttkamer werde nach der Interpretation des königlichen Erlasses durch Bismarck seine jüngsten Aeußerungen über den Dank des Kaisers an die Beamten für Wahlagitation zurücknehmen müssen. Die Zustände, die das deutsche Reich zu schaffen vermocht, seien von den Liberalen vorbereitet worden. Die Liberalen seien ebenso königstreu wie die Konservativen. Anlangend die Zerfahrenheit des Parlaments, so sei Bismarck der Hammer, der alles Feste zertrümmert.

Bundeskommissar v. **Puttkamer** hebt hervor, es sei jetzt allgemein anerkannt, daß in der Konfliktszeit nicht der Landtag, sondern die Regierung das Richtige im Auge hatte. Die Bismarck'sche Politik sei damals schwer verkannt worden. Bismarck konnte gestern den Vorwurf, daß er hinter der Person des Königs Deckung suche, nicht hinnehmen; derselbe involvire einen moralischen Makel. Der Angreifer habe sich dann freilich hinter das Wort „si fecisti, nega" zurückgezogen. Seine Bemerkun-

gen über die Wahlagitation der Beamten würden durch den Erlaß nicht desavouirt; seine Rede vom 15. Dezember decke sich mit dem Erlaß und dem gestrigen Kommentar desselben durch Bismarck vollkommen. Bennigsen gegenüber bemerkt Puttkamer, einzelne Triumphe der Opposition habe die Regierung nicht als Niederlage empfunden. Der Etat werde abgeschlossen, der hamburger Anschluß und die Berufsstatistik seien ohne Konflikt vereinbart. Die Regierung denke überhaupt nicht an einen Konflikt. Sie habe mit Wolken zu thun, die am europäischen Himmel stehen, Gott gebe, daß sie nicht über unserem Haupte sich entladen; geschieht es doch, so wird die Nation erkennen, was sie an einer Monarchie hat, welche die Nation schützen kann. Die Nation wird diese Monarchie als Hort der Freiheit und Ordnung verehren.

Windthorst bittet, die Stellung der Beamten in der Politik nicht allzusehr zu betonen, sonst komme man auf das System der Beseitigung der Beamten bei jedem Ministerwechsel.

Virchow bekämpft den Erlaß im Sinne der gestrigen Richter'schen Ausführungen. Die Generaldiskussion wird geschlossen. Bei den hierauf folgenden Wahlprüfungen werden die Wahlen des Prinzen Karolath, v. Gehrens und des Prinzen Handjery beanstandet, die übrigen für giltig erklärt.

Der Reichstag erledigte schließlich Petitionen. Nächste Sitzung morgen.

Die Nachricht der Prager „Politik", Bismarck wünsche die Einverleibung Bosniens in die ungarische, der Herzegowina in die österreichische Reichshälfte, ist aus der Luft gegriffen.

Wien, 25. Januar. Die Delegation ist auf den 28. d. M. einberufen.

Rom, 25. Januar. [Kammersitzung.] Auf eine Interpellation Ricotti's bezüglich der auswärtigen Politik erklärt Mancini, er müsse sich die Vorlage der Dokumente betreffs Tunis, Sfax und Marseille für den geeigneten Moment vorbehalten. Mit Rücksicht auf die Besorgnisse über die allgemeine Lage konstatirt Mancini, daß alle Mächte einstimmig den Frieden wünschen. Unsere Beziehungen zu allen Mächten sind freundschaftliche, namentlich zu Oesterreich-Ungarn und Deutschland, und haben wir schon bei manchen Gelegenheiten die glücklichen Wirkungen der jüngsten Annäherung zu konstatiren vermocht; das Rüstungsproblem müsse demnach als die Erfüllung der Pflicht rücksichtlich der nationalen Sicherheit betrachtet und von wesentlich technischen Gesichtspunkten geprüft werden, ohne hierbei irgend welche politische Momente und momentane vorübergehende Verhältnisse in Rücksicht zu ziehen. Mancini dementirt entschieden die Verdächtigung einer gewissen Presse, daß zwischen den Ministern Meinungsverschiedenheiten bestehen; er fordert Ricotti auf, eine Motion einzubringen, um der Kammer die Möglichkeit zu bieten, ein Vertrauensvotum auszusprechen. Das Kabinet kann nach der Geschäftsordnung dieses Votum nicht provoziren, doch wünsche das Ministerium eine baldige Gelegenheit hierzu. Wenn Ricotti keine Motion einbrächte, so wäre dies ein Beweis, daß Ricotti anerkenne, daß die Majorität der Kammer die Politik des Kabinets billige. Ricotti brachte keine Motion ein.

Paris. Eine Note der „Agence Havas" meldet: Der Finanzminister empfing Vormittags Rothschild, Demachy Joubert und den Syndikus der Börsenmakler. Das Resultat der Konferenz ist, daß Dank den bereits ergriffenen Maßregeln, Dank der Beihilfe der Bankmächte, Kreditinstitute und der von der Regierung versprochenen Unterstützung die Liquidation am 31. Januar gesichert ist.

Petersburg, 25. Januar. Wie die „Börsen-Zeitung" erfährt, ist zwischen Rußland und der Pforte ein Einvernehmen wegen der Zahlung der Kriegsentschädigung erzielt. Die Pforte verpflichtete sich, zehn Millionen Franks jährlich zu zahlen. Die Zahlung wird garantirt durch die Zehntelsteuer einiger Provinzen, außerdem speziell durch ein Zehntel der Gommelsteuer. (?) Die Erhebung geschehe durch eine Kommission für Steuererhebung zu Gunsten der türkischen Bondsinhaber.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Deutsche Literaturzeitung. Herausgegeben von Dr. Max Roediger. Dozent an der Universität Berlin. II. Jahrgang. Berlin, Weidmann'sche Buchhandlung. 1881. Seitdem wir im Dezember 1880 unseren Lesern von dem Entstehen des neuen kritischen Zentralorgans der Wissenschaft, welches unter dem Titel „Deutsche Literaturzeitung" in Berlin herausgegeben wird, berichtet haben, hat das schöne Unternehmen die gedeihlichsten Fortschritte gemacht. Mehr als dreihundert Rezensenten aus allen Kreisen der Wissenschaft und Literatur haben der Zeitschrift ihre Unterstützung geliehen, berühmte Gelehrte von europäischem Ruf und jüngere Forscher, Meister und Schüler, und fast alle stehen mit ihren Namen für die vertretenen Meinungen ein; kein Fach wird vor dem anderen berücksichtigt, größter Reichhaltigkeit des Inhalts entspricht größte Unparteilichkeit und Gediegenheit des Urtheils. An Umfang sind die Besprechungen sehr verschieden, das Minderwerthige wird kurz aber prägnant abgethan, die wichtigen Erscheinungen finden eingehendere Würdigung; über dem Einzelnen wird nie das Allgemeine vergessen und so findet nicht nur der Gelehrte für das Spezialinteresse seines Faches, sondern jeder allgemein Gebildete eine Fülle von Anregung und Belehrung in der Zeitschrift, der wir das beste Gedeihen auch in Zukunft aufrichtig wünschen.

(D. Rundsch.)

* Die am 21. Januar 1882 erschienene Nr. 4 der „Musik-Welt", Musikalische Wochenschrift für die Familie und den Musiker, herausgegeben von Max Goldstein, enthält: Noch einmal der Liebestrank in Wagner's „Tristan und Isolde". Von G. Doempke. — Wiener Brief. II. Von E. H. — Hamburger Brief. Von Afris. — Berliner Aufführungen (Meininger Hofkapelle; Chorvereine; Kgl. Oper). — Notizen aus der Tagesgeschichte.

* Sehr empfehlenswerth, namentlich für Geschäftsleute jeder Art und für Bureaus ist eine Universal-Pultmappe aus Calico mit Brieftasche und Löschpapier. Dieselbe enthält ein Wörterbuch zur Korrespondenz in deutsch-französisch-englischer Sprache, Geld- und Banknotizen, Münzparitäts-Tabelle, vollständigen neuen Porto- und Telegraphen-Tarif, kolorirte Eisenbahnkarte 2c. Beigabe Kalender 1882. Die Universal-Pultmappe ist zum Preise von 2,40 M. von der Verlagshandlung Licht & Meyer in Leipzig zu beziehen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 25. Januar.

— Der Landrath von Bennigsen-Förder zu Lauenburg ist laut einer heute Abend bei uns eingelaufenen Privatdepesche als Hilfsarbeiter an die Polizeidirektion in Posen versetzt.

† **Der Herr Justizminister** hat durch Reskript vom 9. d. M. die Vorstandsbeamten der Oberlandesgerichte ermächtigt, den nicht ständigen Hilfsarbeitern — Gerichtsassessoren, welche als Hilfsrichter beschäftigt sind, und Hilfsarbeiter im Bureau- und Unterbeamtendienste — die Diäten auch für diejenige Zeit zahlen zu lassen, während welcher sie ihre Thätigkeit in Folge einer Erkrankung, eines Urlaubes zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit, oder einer Beurlaubung während der Gerichtsferien unterbrochen haben, jedoch darf die Unterbrechung der Thätigkeit den Zeitraum von 4 Wochen nicht übersteigen. Diese Bestimmung findet auch entsprechende Anwendung auf diejenigen Remunerationen, welche Wartegeldempfängern für zeitweilige Wahrnehmung von Dienstgeschäften zustehen.

r. **Zu Ehren des Landgerichts-Direktors Haake,** welcher bekanntlich von hier nach Hannover versetzt wird, fand am 24. d. Mts. Abends im Saale von Mylius Hotel ein von den Mitgliedern des Landgerichts und des Amtsgerichts, den Staatsanwälten sowie von den Rechtsanwälten veranstaltetes Abschiedssouper statt. Es wurden dabei zahlreiche Toaste ausgebracht: von dem Landgerichts-Präsidenten Gisevius auf den Scheidenden, vom ersten Staatsanwalte Müller beim Landgerichte auf die Familie des Scheidenden; im Namen der Landgerichtsräthe sprach sodann Landgerichtsrath Czwalina, im Namen der Rechtsanwälte Rechtsanwalt Fable, 2c. Der Scheidende erwiderte diese Toaste. Die schöne Feier erreichte erst in früher Stunde ihr Ende.

r. **Die Beerdigung des verstorbenen Kaufmanns Salomon Löwinsohn** fand gestern Nachmittags unter außerordentlich starker Betheiligung statt. Von dem Trauerhause, Kl. Gerberstraße 8, bewegte sich der Leichenzug durch die Straßen der Stadt nach dem israelitischen Friedhofe an der Breslauer Chaussee; an dem Zuge betheiligten sich fast sämmtliche Magistrats-Mitglieder und Stadtverordnete, die Mitglieder der Handelskammer, viele Angehörige der kaufmännischen Vereinigung und der israelitischen Brüdergemeinde, deren langjähriger Vorsitzender der Verstorbene gewesen war, sowie zahlreiche andere Personen verschiedener Konfessionen und beider Nationalitäten 2c. In der Begräbnißhalle auf dem Friedhofe hielt der Prediger der israelitischen Brüdergemeinde, Dr. Bloch, eine Gedächtnißrede, in welcher er den Charakter und die Wirksamkeit des Verstorbenen, seine Verdienste um die Brüdergemeinde sowie um diejenigen Korporationen, denen derselbe angehört hatte, in treffender Weise schilderte. Vierstimmiger Männergesang eröffnete und schloß diese Feier. Alsdann fand die Beerdigung statt.

— **Dem Stabsarzt a. D. Dr. Hirschberg** ist der Titel Sanitätsrath verliehen worden.

— **Für den Empfang Kraszewski's in Lemberg** ist das Programm nun endgiltig festgestellt. Am 2. k. M. fährt eine Deputation aus Lemberg dem Schriftsteller nach Krakau entgegen. Auf dem Bahnhofe in Lemberg soll derselbe durch eine Deputation der Vertreter dieser Stadt empfangen werden. Am 4. k. M. wird Herrn K. um 6 Uhr Abends im Rathhaussaale ein Diner veranstaltet werden, an welchem sich ca. 150 Personen betheiligen werden. Den ersten Toast wird hier der Oberbürgermeister von Lemberg ausbringen; ferner werden sprechen der Landtagsmarschall von Galizien, der Rektor der Universität zu Lemberg u. A. Tags darauf wird sich Herr K. ausschließlich mit der Bildung der „Macierz polska" (polnischer Mutterverein) befassen. Wie wir bereits mitgetheilt haben, soll es Aufgabe der „Macierz polska" sein, polnische Bücher herauszugeben und solche unter der polnischen Bevölkerung in Deutschland, Oesterreich und Rußland zu verbreiten. — Die Rückkehr des Herrn K. nach Dresden soll am 6. k. M. erfolgen.

r. **Der Mittelschullehrer v. Buchowski,** welcher seit Gründung der Mittelschule, d. h. seit 23 Jahren, an dieser Simultan-Lehranstalt gewirkt und sich während dieser Zeit die allgemeine Liebe und Hochachtung seiner Mitlehrer und Schüler, sowie Aller, die ihm näher traten, erworben hat, ist am 24. d. M. nach schweren Leiden gestorben. Die Beerdigung findet am 27. d. M. statt.

♀ **Der Lehrer-Sterbekassenverein des Großherzogthums Posen** hatte in seiner vorletzten Generalversammlung beschlossen, den Reservefonds auf 30,000 M. zu erhöhen, um den Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder 900, statt 750 M. auszahlen zu können. Dieser Beschluß ist Seitens des Ministeriums bestätigt worden. Mit Ablauf des Geschäftsjahres 1880/81 hatte der Reservefonds bereits eine Höhe von 25,000 M. erreicht. Von den laufenden Einnahmen dieses Rechnungsjahres hat das Direktorium des genannten Vereins bereits weitere 3000 M. reservirt, und hofft dasselbe die noch fehlenden 2000 M. von den Einnahmen des zweiten Semesters dieses Jahres absetzen zu können, ohne die Mitglieder noch einmal mit einem doppelten Beitrage von 6 M. belasten zu müssen. Bei normalem Verlauf der Vereinsangelegenheiten dürfte daher die höhere Versicherungssumme von 900 M. spätestens mit Beginn des Rechnungsjahres 1882/83, also am 1. Juli d. J., an die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder gezahlt werden können. — Die Einnahmen des Vereins im letzten Halbjahre betrugen 19,214,96 M. und die Ausgaben 11,877,19 M.

⊕ **Die Termine für die Osterprüfungen** sind von dem königlichen Kreis-Schulinspektor des Stadtkreises Posen in folgender Weise festgesetzt worden: 1. Die erste Stadtschule (Kl. Gerberstraße) am Donnerstag den 16. März, Vormittags. 2. Die dritte Stadtschule (am Dom) Donnerstag den 16. März, Nachmittags, und Freitag den 17. März, Vormittags. 3. Die vierte Stadtschule (St. Martin) Freitag den 17. März, Nachmittags, und Sonnabend den 18. März, Vor- und Nachmittags. 4. Die zweite Stadtschule (Allerheiligenstraße) Montag den 20. März, Vormittags, 5. Schauturnen am Montag den 20. März, Nachmittags, die Mädchen-Abtheilung der 1., 3., 4. Stadtschule in der städtischen Turnhalle. 6. Schauturnen am Dienstag den 21. März, Nachmittags, Mädchen-Abtheilung der Bürger- und Mittelschule. 7. Die Bürgerschule am Donnerstag den 23. März, Nachmittags, und Freitag den 24. März, Vormittags. 8. Die Mittelschule am Dienstag den 28. März, Nachmittags, und Mittwoch den 29. März, Vormittags.

r. **Die Prüfung für Zeichenlehrerinnen** an mehrklassigen Volks- und an Mittelschulen findet Montag den 27. März in Berlin statt. Reflektantinnen haben spätestens 4 Wochen vor dem angegebenen Termine bei dem Herrn Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten ihre Meldungen anzubringen.

⊕ **Die Ferienordnung** für sämmtliche hiesige höheren und niederen Schulen pro 1882/83 ist folgende: die Osterferien dauern vom 7. bis 15. April, die Pfingstferien vom 27. bis 31. Juni, die Sommerferien vom 3. bis 29. Juli, die Michaelisferien vom 25. September bis 7. Oktober und die Weihnachtsferien vom 21. Dezember bis 3. Januar.

— **Zur Ausführung der Maigesetze.** Die letzten Monate hatten keinen Fall aufzuweisen, welcher einen Wandervikar, wie überhaupt einen katholischen Geistlichen aus unserer Provinz mit den Maigesetzen in Konflikt gebracht hätte. Ob hier eine gewisse Vorsicht seitens der angeblichen „Märtyrer" der Gegenwart beobachtet wurde, oder aber, ob von anderer Seite eine Portion Nachsicht geübt wurde, vermögen wir hier nicht festzustellen. Soviel steht aber fest, daß die jungen Wandervikare es für die Dauer nicht unterlassen können, sich ein Märtyrerkrönchen zu erwerben. So ist neuerdings der Geistliche Heinze aus Lissa wegen zweimaliger unbefugter Vornahme geistlicher Handlungen (Messelesen) in „verwaisten" Parochien unter Anklage gestellt und findet die mündliche Verhandlung wegen dieses Vergehens am 23. k. M. vor der Strafkammer des Landgerichts zu Lissa statt. Wie der „Kur. Pozn." erfährt, soll auch der Wandervikar Zielinski, welcher wegen nicht befugter Vornahme einer Taufe vor länger als 6 Monaten angeklagt war, aber in Ermangelung von Zeugen nicht verurtheilt wurde, wieder unter Anklage gestellt werden, da die Person, welche bei dieser Taufe als Pathe fungirte, ermittelt ist und nun ein Zeugniß vor Gericht ablegen wird. Ferner erfährt der „Kur." von noch einem Geistlichen, der wegen unerlaubten Predigens sich vor Gericht zu verantworten haben wird. Der Name dieses Geistlichen wird vom „Kur." jedoch nicht genannt.

— **Der Kanonikus Andreas Schönke in Pelplin** ist am 21. d. M. im Alter von 79 Jahren nach längerer Krankheit verstorben. Es ist dies das dritte Domkapitular-Mitglied, welches die Diözese Kulm in noch nicht voll 6 Monaten durch den Tod verloren hat. Die Zahl der Mitglieder des Domkapitels jener Diözese ist seit dem Jahre 1874 überhaupt von 10 auf 3 reduzirt worden, welche Zahl gerade noch ausreicht, um einen Diözesan-Verwalter zur Aushilfe des greisen Bischofs v. d. Marwitz, falls die Nothwendigkeit hierfür eintreten sollte, wählen zu können. In eine große Verlegenheit würde dagegen die Diözese Kulm in Bezug auf eine etwa nothwendig werdende Wahl eines Diözesan-Verwalters kommen, wenn die gegenwärtige Zahl ihrer Domherrn sich noch vermindern sollte. Sollte indessen die Nothwendigkeit einer Bischofswahl eintreten, so würden die 3 Ehrendomherrn, welche die Diözese außer den wirklichen Domherren noch aufzuweisen hat, ebenfalls wahlberechtigt sein.

✳ **Statistisches.** Vor dem hiesigen Schwurgericht kamen im verflossenen Jahre in 6 Sitzungsperioden 135 Sachen zur Verhandlung. Es wurden 108 Urtheile, darunter 3 Todesurtheile, gefällt. Vor den Strafkammern kamen 1313 Sachen mit 1102 Urtheilen in erster Instanz zur Verhandlung. Schuldig wurden erklärt 2052, nichtschuldig 244 Personen. In der Berufungsinstanz kamen 413 Sachen mit 340 Urtheilen zur Verhandlung, so daß im Ganzen 1726 Sachen mit 1442 Urtheilen vor den Strafkammern zur Verhandlung kamen. Die höchste Strafe betrug 12 Jahre Zuchthaus.

— **Besitzwechsel.** Das Gut Alt-Galężewo, im Kreise Wreschen gelegen, mit einem Areal von 104 Hekt. ist in den Besitz des Güter-Administrators Brauer aus Kl. Gutowy übergegangen. Vorbesitzer von Alt-Galężewo war Hubert v. Taczanowski.

— **Postalisches.** Wie uns mitgetheilt wird, hat bei dem hiesigen Postamte aus Anlaß des andauernd sich steigernden Verkehrs im Bestellungsdienste, zum Zwecke der Herstellung einer rascheren Bestellung der Postsendungen an die Empfänger, in diesen Tagen eine entsprechende Vermehrung des Ortsbriefträger-Personals stattgefunden.

r. **Zur planmäßigen Regulirung der Warthe** sind in der Denkschrift, welche in der gegenwärtigen Session des Landtages zur Vorlage kommt, bei einer Bauzeit von 6 Jahren 2,500,000 M. in Aussicht genommen.

r. **Auswanderer.** Gestern trafen 20 Personen polnischer Nationalität aus der Provinz hier ein, und setzten ihre Reise zur Auswanderung nach Amerika fort.

r. **Diebstähle.** Verhaftet wurde gestern ein bereits mit Zuchthaus bestrafter Arbeiter, welcher ein Paar Halbstiefeln im Werthe von 15 M. für 2 M. auf der Krämerstraße zum Kauf anbot. — Vor einigen Tagen wurden einem Eigenthümer auf der Eichwaldstraße aus verschlossener Scheune 1 Ztr. Heu, 2 Bund Erbsenstroh und eine Quantität Erbsen gestohlen. — Einer Frau am Alten Markte wurde vor einigen Tagen durch eine Freundin, welche bei ihr übernachtete, ein Portemonnaie mit 7 M. Inhalt gestohlen. — Zwei jugendliche Strolche, welche schon am vorigen Sonntage einem Händler auf der Gr. Gerberstraße eine Kanne mit Milch entwendet und auf der Wasserstraße verkauft haben, wurden gestern Abends dabei betroffen, als sie aufs Neue einen derartigen Diebstahl bei demselben Händler ausführten; sie sind verhaftet.

u. **Rawitsch,** 24. Januar. [Aus der Stadtverordnetensitzung. Kollekte.] In der Sitzung der Stadtverordneten am vergangenen Donnerstage wurden die neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten eingeführt. Es sind dies die Herren Realschuldirektor Dr. Liersemann, Tuchfabrikant Ziegler, Wurstfabrikant Wolff, Destillateur Lukowski, Maler Schwan und Schornsteinfeger Meyer. In der hierauf folgenden Vorstandswahl für das neue Geschäftsjahr ist der alte Vorstand, bestehend aus den Herren Fabrikbesitzer Linz Vorsitzender, Kommerzienrath Pollack Stellvertreter und Kaufmann Belka Schriftführer, wiedergewählt worden. Die Versammlung bewilligte dann für den Suppenverein 75 M. und die unentgeltliche Hergabe des Lokals zum Kochen und das Feuerungsmaterial. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung betraf das Statut für die Erhebung der Steuer von fremden Bieren. Für ein Hektoliter in Gebinden wird eine Steuer von 60 Pf. und für eine Flasche von ⅜ Ltr. 0,3 Pf. entrichtet. Defraudationen werden mit einer Strafe von 1 bis 30 M. geahndet. Außerdeutsche Biere sind steuerfrei. — Die in den evangelischen Gemeinden unseres Kirchenkreises zum Besten des Samariterstifts in Craschnitz bei Militsch veranstaltete Hauskollekte hat eine Summe von 425 M. 28 Pf. ergeben, und zwar haben dazu beigetragen: Bojanowo 91,37 M., Görchen 18,37 M., Jutroschin 28,15 M., Punis 15 M., Rawitsch 200,24 M., Sandberg 40,20 M. und Sarne 31,45 M.

u. **Rawitsch**, 24. Januar. [Turnverein. Feuerwehr. Konzerte.] In der Generalversammlung des Turnvereins vom 21. d. hob der Vorsitzende Dr. Beyer besonders hervor, daß das verflossene Jahr für die Entwicklung des Vereins ein günstigeres gewesen ist. Die Mitgliederzahl ist gestiegen und der Turnbetrieb ist ein lebhafter geworden; ebenso wird auch das Lehrlingsturnen gepflegt. Auch die sogenannte Alte-Herren-Riege hat fleißig geturnt. Der Vorstand für das neue Geschäftsjahr besteht aus den Herren Dr. Beyer, Seminarlehrer Marschall, Dekorateur Dürffel, Kaufmann Dähmel, Buchhalter Volkmer, Stadtrath Baum, Kaufmann Pasch, Seminarlehrer Sonnenburg, Architekt Fischer und Gasinspektor Freyer. Der Verein veranstaltet im Laufe des Winters wieder ein Schauturnen. — Gestern hielt die Feuerwehr ihre statutenmäßige Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsberichte geht hervor, daß derselben gegenwärtig 226 Mitglieder angehören. Im verflossenen Jahre haben ein General-Appell und eine General-Uebung stattgefunden; außerdem hat jede Spritzabtheilung je zwei und jede Steigerrotte je vier Uebungen abgehalten. Von größeren Bränden ist unsere Stadt verschont geblieben. Die Feuerwehr wurde sechsmal allarmirt; zweimal brannte es in der Stadt und viermal in den umliegenden Dörfern. Der Unterstützungsfond für ev. verunglückte Mannschaften beläuft sich auf 445 Mark. Die Feuerversicherung in Gotha hat dem Vereine unterm 9. November v. J. eine einmalige Zuwendung von 150 Mark gewährt. Der alte Vorstand mit Herrn Fabrikbesitzer Linz als Branddirektor ist für das neue Jahr wiedergewählt. — Gestern veranstaltete die Ludolf Waldmann'sche Konzertgesellschaft aus Breslau ein ziemlich besuchtes Konzert in Noebel's Hotel. Das Programm war ein reichhaltiges; sämmtliche Piecen desselben wurden mit Beifall aufgenommen. Morgen konzertirt in demselben Saale die Kammersängerin Aglaja Orgeni, der Violin-Virtuose Richard Sahla aus Wien und Klavierspieler Dr. Wilhelm Kienzl aus Graz.

○ **Kurnik,** 25. Januar. [Auswanderungs-Agentur.] Die in hiesiger Stadt seit dem Jahre 1871 bestehende Auswanderungs-Agentur ist von der Regierung aufgehoben, denn, wie wir hören, hat der Auswanderungs-Agent J. Spiro seine Erlaubniß für das Jahr 1882 von dieser Behörde nicht prolongirt erhalten.

⁑ **Kolmar,** 24. Januar. [Viehmarkt.] Der der hiesigen Stadt für dieses Jahr bewilligte besondere erste Viehmarkt ist von der Regierung auf den 7. Februar angesetzt.

g. **Jutroschin,** 24. Jan. [Vorschuß-Verein.] **Am 19. d.** hielt der hiesige Vorschuß-Verein seine diesjährige Generalversammlung ab, bei welcher der 18. Jahresbericht erstattet wurde. Nach demselben war das beendete Geschäftsjahr für den Verein ein außerordentlich günstiges. Der Gesammtumsatz betrug 369,700 Mark (gegen 331,016 Mark im Vorjahre) und zwar in neuen Darlehen 57,412 M., in Prolongationen 312,288 M. Der Verein arbeitete im verflossenen Geschäftsjahr mit einem Vermögen von 102,483,62 M. An Anleihen nahm derselbe 74,227,48 M. auf, das Guthaben der Mitglieder beträgt 23,818,51 M., der Reservefond 4257,08 M. Der erzielte Zinsengewinn belief sich auf 8088,96 M., von welchem (nach Abzug der Zinsen für Anleihen das Guthaben und die Spareinlagen der Mitglieder sowie der Verwaltungskosten im Gesammtbetrage von 5065,4 M.) ein Reingewinn von 3023,82 M. verblieb. Derselbe wurde wie folgt vertheilt: an 222 dividendenberechtigte Mitglieder (welche einen Jahresbeitrag von à 3 M. zahlen) a 6 M. Dividende mit 1332 M., Tantieme an den Direktor, Rendanten, Kontrolleur und Vereinsboten mit 1212,87 M. Der Ueberschuß von 478,95 M. wurde dem Reservefond überwiesen, welcher dadurch die Höhe von 4257,08 M. erreicht hat. Die Vereinskasse wurde allmonatlich vom Direktor und dem Kontrolleur unter Beiwohnung des Rendanten revidirt, erfuhr eine Hauptrevision am Ende des vorigen Jahres und war stets in der Lage, allen seitens der Mitglieder an sie gestellten Anforderungen zu genügen, da ihr vielfach sogar recht bedeutende Anleihen angeboten wurden, von denen, da ein Bedürfniß nicht immer vorhanden war, mehrere zurückgewiesen werden mußten. Die durchs Loos ausgeschiedenen Mitglieder des Verwaltungsrathes, sowie der Kontrolleur wurden durch Akklamation wiedergewählt.

r. **Wollstein,** 24. Januar. [Konstituirung. Schiedsmänner.] In der am 21. d. M. stattgehabten ersten Sitzung der Stadtverorordneten im neuen Jahre fand die Konstituirung der Versammlung pro 1882 statt. Es wurden zum Vorsitzenden Justizrath Hoegg, zu dessen Stellvertreter Posthalter Dokowicz, zum Schriftführer Kaufmann S. Krause und zu dessen Stellvertreter Kaufmann S. Neubelt gewählt. — Die Schulzen Starzonek in Altkloster, Druse in Tarnowo, Werner in Silz, Reschke in Scharke, die Eigenthümer Durek in Mauche und Markwitz in Schussenze sind sämmtlich bis zum 1. Oktober 1884 zu Schiedsmännern wieder gewählt worden und dieser Tage durch Verweisung auf den bereits geleisteten Diensteid verpflichtet worden.

X. **Lissa,** 24. Januar. [Wahl für den Provinziallandtag.] In der Sitzung der Stadtverordneten am 21. d. wurde zum Provinzial-Landtagsabgeordneten Stadtrath Rauhut und zu dessen Stellvertreter, Stadtverordneter Maurermeister Gerndt gewählt.

W. **Borek,** 24. Januar. [Kommunales.] Dieser Tage wurden hier die von der ersten Abtheilung gewählten Stadtverordneten Brodniewicz und Werner in ihr Amt eingeführt. — Nachdem die Regierung im Jahre 1878 der wiederholten Wahl eines Schöffen die Bestätigung versagt hatte, übertrug dieselbe dem bisherigen Schöffen Kaufmann Mayer Wollmann die kommissarische Verwaltung dieses Amtes bis auf Weiteres. Im vorigen Monat nahmen die Stadtverordneten nun wiederum die Wahlen zweier Schöffen vor, wobei Wollmann und der Kaufmann Karol Werner einstimmig gewählt wurden. Nachdem die Regierung diesen Wahlen die Bestätigung ertheilt hatte, fand die Einführung derselben in ihr Amt gleichzeitig mit den Stadtverordneten statt.

M **Tremessen,** 24. Januar. [Landwirthschaftlicher Verein. Statistisches.] Der Landwirthschaftliche Verein hielt vorgestern im Lokale des Hrn. G. F. Bigalke seine erste diesjährige Sitzung ab. Es wurde zunächst die Wahl des Vorstandes vorgenommen und zwar wurde der bisherige Vorstand durch Akklamation wiedergewählt. Derselbe besteht aus den Hrn. Gutsbesitzer Grotke zu Popielewo als Vorsitzender, Kaufmann G. F. Bigalke als Rendant und Lehrer Breithor als Schriftführer. Die Kommission zur Prüfung der Vereinsrechnungen und Kasse erstattete ihren Bericht dahin, daß die Finanzlage des Vereins momentan keine günstige sei, da die Kassenbestände durch Anschaffung von zwei neuen Düngerstreumaschinen vollständig absorbirt worden sind. Dem Rendanten wurde Decharge ertheilt. In die Statuten wurde ein neuer Paragraph aufgenommen, wonach Vereinsmitglieder aus dem Verein ausgeschlossen werden können, wenn von mindestens zwei Mitglieder der Antrag eingebracht und von der Majorität genehmigt wird. Kaisersgeburtstag wird der Verein wie alljährlich durch ein gemeinschaftliches Festessen feiern. Zu diesem Behufe soll im Vereinslokale eine Liste behufs Eintragung zur Theilnahme ausliegen. Auch Nichtmitgliedern soll die Theilnahme gestattet sein. Ferner beschloß der Verein im Februar d. J. einen Fastnachtsball zu arrangiren, und wurden zu diesem Zwecke vier Mitglieder, die Herren Gutsbesitzer Köllner, Lubin, Administrator Blümecke, Kruchowo, Kaufmann G. F. Bigalke und Kaufmann Albert Tenzer als Vergnügungskomite gewählt. — Nach dem neuerdings erschienenen Verzeichniß des Bestandes an Pferden und Rindvieh im Kreise Mogilno pro 1882 sind in Summa 7402 Pferde und 18,707 Stück Rindvieh vorhanden. Im Jahre 1881 waren 7272 Pferde und 18,043 Stück Rindvieh vorhanden, mithin in diesem Jahre mehr 130 Pferde und 664 Stück Rindvieh und der mehr zu erhebenden Abgaben 92 M. 40 Pf. Man ersieht hieraus, daß die Bestände an Pferden und Rindvieh trotz der enorm hohen Futterpreise nicht reduzirt worden sind.

♒ **Schneidemühl,** 23. Januar. [Stadtverordneten-Sitzung. Kreistag. Jahresfest. Viehmarkt. Marktpreise.] In der vorgestrigen Sitzung der Stadtverordneten beschäftigte sich die Versammlung mit der Vorlage des Magistrats betreffs Feststellung von außerordentlichen Geldbedürfnissen. Der Magistrat fordert im Einverständniß mit der gemischten Kommission die Summe von 51071,20 M. und zwar zur Deckung der Kämmerer Ulbricht'schen Defekte 8196,20 M., zur Herstellung der Oberförster Mittelstädt'schen Kaution 1500 M., zur Deckung der vorschußweise gezahlten Beträge für die Pflasterung der in die Zeughausstraße führenden Nebenstraßen 5500 M., zur Anlage von Fußgängerbahnen in der Friedrichsstraße und auf der Südseite des neuen Marktes 13,000 M., für die Pflasterarbeiten in der Hasselstraße 1175 M., für das Entwässerungsprojekt auf der Bromberger Vorstadt 1000 M., für die Umpflasterung der großen Kirchenstraße und der Wasserstraße 12,300 M., für die event. zu zahlende Entschädigung in der Wendorff'schen Enteignungssache 3000 M., zur Herstellung des Bürgersteiges in der Güterbahnhofstraße 1400 M. und zur Deckung der event. Ziegler Fredrich'schen Forderung 4000 M. Nach eingehender Debatte werden folgende Posten für erforderlich gehalten und bewilligt: 1. für die Herstellung der Mittelstädt'schen Kaution in depositalmäßigen Werthpapieren 1500 M., 2. zur Deckung der Ulbricht'schen Defekte, da nach einem früheren Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung unter Zustimmung des Magistrats auf die Erstattung der bezüglichen Defekte seitens der Revisoren Verzicht geleistet worden und die Regierung zu Bromberg Widerspruch nicht erhoben hat, 8196,20 M., 3. zur event. vorschußweisen Deckung der durch die Erhöhung der Zeughausstraße erforderlich gewordenen Pflasterungen in den Seitenstraßen, Bürgersteigen 2c. 5500 M. (Nach einem Gutachten des Rechtsanwalts Orgler zu Posen ist der Chausseefiskus zur Tragung dieser Kosten verpflichtet und wird, da die qu. Pflasterarbeiten jetzt beendigt sind, gegen denselben auf Rückerstattung eine Klage angestrengt werden.), 4. zur Anlage von Fußgängerbahnen in der Friedrichsstraße 2c. wird nur die Hälfte der veranschlagten Kosten im Betrage von 6500 M. bewilligt, da die andere Hälfte von den Hausbesitzern zu decken und binnen Jahresfrist zurückzuzahlen ist, 5. für die Neupflasterung der großen Kirchenstraße mit einer 4 Meter breiten Kopfsteinlage 11,500 M. und für die Umpflasterung der Wasserstraße 800 M., zusammen 33996,20 M. Die übrigen Posten werden für nicht erforderlich erachtet und abgelehnt. Zur Deckung der bewilligten Beträge wird beschlossen, die in den früheren Jahren für Neupflasterungen bewilligten und nicht zur Verwendung gekommenen zinslich angelegten Beträge von 1712,08 M. zu verwenden und den Magistrat zu ermächtigen, aus dem Provinzial-Hilfsfonds oder von einem anderen Geldinstitute ein Darlehn in Höhe von 33000 M. mit einer möglich weit ausgedehnten Amortisationsperiode aufzunehmen und denselben zu ersuchen, der Versammlung alsdann von dem Resultat Mittheilung zu machen. — Der Antrag des Magistrats auf Nachbewilligung von 500 M. für Hilfsschreiber wird, obgleich Bürgermeister Wolff hervorhebt, daß sich das Schreibwesen in letzter Zeit derartig gesteigert, daß sich im Jahre 1880 bis 1881 die Journalnummern 26,000 belaufen haben, während dieselben bei seinem Amtsantritt vor 3 Jahren nur 9—10,000 betrugen, abgelehnt. Auch die nachgeforderten 200 M. für Drucksachen werden abgelehnt, obgleich Bürgermeister Wolff hervorhebt, daß die Mehrkosten durch die Vollstreckungsarbeiten entstanden sind. Gleichzeitig machte Bürgermeister Wolff die Mittheilung, daß das von der Versammlung genehmigte Vollstreckungsamt von der königlichen Regierung zu Bromberg bestätigt worden ist und dasselbe mit dem 1. Februar d. J. in Kraft treten wird. — Auf Vorschlag der eingesetzten Kommission behufs Erzielung einer größeren Pacht für die Güter im Bagnabruche eine bessere Zufuhr zu beschaffen, wird eingegangen und die Kommission beauftragt, das vorgeschlagene Projekt weiter zu verfolgen. In dem letzten Termine sind für diese Gärten nur 568,30 M. Pacht geboten worden, gegen früher ein Ausfall von 520,28 M. Auf Antrag des Bürgermeisters Wolff wegen der vielen Rückstände an Vorlagen eine außerordentliche Sitzung anzuberaumen, wird eingegangen und eine solche auf Donnerstag, den 26. d. M. anberaumt. — Die hiesige westpreußische Provinzial-Landschaftsdirektion hat behufs Wahl zweier Landschaftsdeputirten des Deutsch-Kroner Landschaftskreises an Stelle des zum Landschaftsrath gewählten bisherigen Landschaftsdeputirten Rittergutsbesitzer v. Bethe auf Czarnikauer-Hammer und des verstorbenen Landschaftsdeputirten Rittergutsbesitzers v. Zychlinski auf Marienfeld auf den 22. Februar d. J. zu Deutsch Crone einen Kreistag anberaumt. — Gestern feierte der hiesige Männergesangverein in dem Tantow'schen Saale durch Gesangsvorträge und ein Tanzkränzchen sein diesjähriges Winterfest. — Der der Stadt Kolmar i. P. für dieses Jahr bewilligte besondere erste Viehmarkt wird am 7. Februar abgehalten werden. — Die letzten Marktpreise waren hier für 100 Kg. Roggen 18,50—19 M., Gerste 16,50—17 M., Hafer 14—14,50 M., Erbsen 17—17,50 M., Kartoffeln 2,80—3 M., Heu 6—7 M., Stroh 7—8 M., ½ Kg. Butter 1—1,10 M., Hammelfleisch 40 Pf., Rindfleisch 35—40 Pf., Schweinefleisch 60—70 Pf. und 1 Schock Eier 3—3,50 M.

St. C. Die Ueberbürdung der Jugend auf den höheren Schulen

ist von Irrenärzten wiederholt als eine Hauptursache für die Entstehung der jetzt anscheinend häufiger auftretenden Geisteskrankheiten bezeichnet worden. Eine statistische Unterlage zur Beurtheilung dieser Frage muß man in den Nachrichten aus den Irrenanstalten suchen. Nach erfolgter Verarbeitung des bezüglichen Materials im königlichen statistischen Bureau ist es zunächst von Interesse, zu erfahren, wie stark die gelehrten oder sogen. freien Berufsarten unter den Insassen solcher Anstalten vertreten sind. Danach befanden sich in den Jahren 1878 und 1879 unter 12,706 und 13,365 männlichen Personen, welche wegen Geisteskrankheit in sämmtlichen Irrenanstalten Preußens behandelt wurden: Beamte der Staats- und Gemeindeverwaltungen 227, 252; Schul-, Sprach- und Musiklehrer 179, 161 (die Zahl der Lehrerinnen, Gouvernanten, Erzieherinnen betrug außerdem 111 und 106); Architekten und Baumeister 95, 90; Geistliche 95, 67 (Ordensschwestern 10, 4); Schreiber 87, 89; Apotheker und Chemiker 61, 52; Aerzte 57, 49; Thierärzte 2, 5; Literaten und Redakteurs 39, 17 (außerdem 2 weibliche); Philologen und Philosophen ohne nähere Angabe 15, 16; Schauspieler und andere Künstler 10, 5. Wie weit indeß die Ueberbürdung mit Schularbeiten für die Erkrankung dieser Personen verantwortlich gemacht werden kann, wird schwer nachzuweisen sein. Dagegen wird man eher zum Ziele gelangen, wenn man die Zahl derjenigen Personen ermittelt, welche unter dem Einflusse der angeblich vorhandenen Ueberanstrengung des Geistes in den Schulen noch stehen oder vor Kurzem gestanden haben.

Im Jahre 1879 fand man unter den Geisteskranken: Gymnasiasten 38 (Bestand 26, Zugang 12), Studenten und Kandidaten der Theologie 41 (Bestand 30, Zugang 11), Studirende und Kandidaten der Jurisprudenz 38 (Bestand 32, Zugang 6), Studirende und Kandidaten der Medizin 18 (Bestand 10, Zugang 8), Pharmazeuten 1, Studirende und Kandidaten der Philosophie und Philologie 25 (Bestand 19, Zugang 6), Gewerbeakademiker und Techniker 3 (Bestand 2, Zugang 1), Seminaristen 2, Studirende der Oekonomie 1, Studenten ohne nähere Angabe 22 (Bestand 18, Zugang 4), Gymnasiasten und Studenten demnach überhaupt 179. Scheidet man hieraus diejenigen Personen aus, welche ein Alter von 15 bis 20 Jahren haben und sucht man die Ursachen der Entstehung ihrer Geisteskrankheit auf, so wird man der Entscheidung über diese wichtige Frage besonders dann näher rücken, wenn die Untersuchung von Jahr zu Jahr fortgesetzt wird. Aus dem vorliegenden Material für 1879 wird folgender Vergleich der Beachtung werth sein. Im Alter von 15 bis 20 Jahren waren in den Irrenanstalten

	Schüler höherer Lehranstalten	Nichtschüler
am 1. Januar 1879 . .	3 Gymnasiasten, 2 Studenten	440
Zugang 1879	11 „ 2 „	213
zusammen . . .	18	653
Ursachen der Geisteskrankheit, soweit verzeichnet:		
a) Erblichkeit und Familienanlage	6	234
b) abnorme körperliche Anlage und Entwickelung . . .	—	72
c) Einfluß von Krankheiten:		
Typhus	2	10
Gehirnentzündung . . .	—	21
Epilepsie	—	34
d) Einfluß verkehrter Erziehung	1	4
e) Selbstbefleckung	3	15
f) geistige Ueberanstrengung	1	5
g) Schlag und Fall auf den Kopf	—	24.

Zu diesen Ursachen ist zu bemerken, daß die hereditäre Anlage durchaus nicht mit Bestimmtheit ausgeschlossen ist, wenn zugleich andere Ursachen, als Erblichkeit, angegeben sind. In manchen Fällen ist es nur eine besondere Gelegenheit, welche auf Grund erheblicher Anlage die Geisteskrankheit zum Ausbruch bringt. Mit Rücksicht darauf muß es vorläufig noch eine offene Frage bleiben, ob die Ueberbürdung auf den höheren Schulen durch geistige Ueberanstrengung zur Entstehung der Geisteskrankheit beiträgt oder nicht. Durch diese Statistik läßt sich zur Zeit hierüber noch nichts beweisen.

Aus dem Gerichtssaal.

△ **Posen,** 19. Januar. [Schwurgericht. Versuchte Erpressung.] Heute verhandelte das Schwurgericht zuerst gegen den früheren Kommis, jetzt Bettler Friedrich August Grosser. Derselbe ist angeklagt, versucht zu haben, durch Bedrohung mit Mord unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben eine Erpressung zu verüben. Er bestritt jedoch, sich dieses Verbrechens schuldig gemacht zu haben, indem er den der Anklage zu Grunde liegenden Vorfall folgendermaßen darstellt: Am 2. Oktober vorigen Jahres sei er in die Wroblewski'sche Schänke hierselbst gegangen und habe hier um ein Almosen gebeten. Er habe, als ihm ein Almosen nicht gereicht wurde, zu den hinter dem Ladentisch stehenden Manne gesagt: „Geben Sie mir doch eine milde Gabe! Sie können ja nicht wissen, ob auch Sie nicht einmal in die Lage kommen können, um ein Almosen zu bitten." Hierdurch sei wahrscheinlich der Mann hinter dem Ladentische geärgert worden; denn derselbe habe einen Stock ergriffen und ihm, der an den Ladentisch herangetreten war, einen so heftigen Schlag über den Kopf versetzt, daß ihm das Blut heruntergeströmt sei. Ein zweiter im Laden befindlicher Mann habe ihm demnächst noch einen Faustschlag ins Auge versetzt, worauf beide ihn mit Gewalt auf die Straße geworfen hätten. Hier wäre er besinnungslos liegen geblieben, bis ihm ein Schutzmann aufgeholfen hätte. Der als Zeuge vernommene Schankwirth Wroblewski stellte den Vorgang anders dar. Der Angeklagte habe, als seine Bitte um ein Almosen abgeschlagen worden, mit der rechten Hand in die Tasche gegriffen und gedroht: „Ich ersteche Sie sofort, wenn Sie mir nichts geben." Darauf habe er den Angeklagten, nachdem er ihn wohl zehnmal aufgefordert fortzugehen, zur Thüre hinausgedrängt. Weil der Angeklagte jedoch noch vor der Thür ungebührlich gelärmt und geschimpft, habe er einen Stock ergriffen und sei damit auf die Straße gegangen; hier sei der Angeklagte auf ihn zugestürzt und habe ihn 2 Schläge über den Kopf versetzt, während sein Schwager ihm den Stock entrissen und damit den Angeklagten über den Kopf geschlagen habe. Von dieser Aussage wich die des Schwagers des Wroblewski insofern erheblich ab, als dieser bekundete, daß der Angeklagte bei seiner Drohung in der Schänke nicht in die Tasche gegriffen, dies vielmehr auf der Straße gethan habe. Das Zeugniß des Schutzmanns, der den Angeklagten an jenem 2. Oktober wegen Bettelns verhaftet hat, ging dahin: Er sei hinzugekommen, als der Angeklagte mit Blut überströmt vor der Wroblewski'schen Schänke gestanden habe, umringt von vielen Neugierigen. Er habe von den Umstehenden nicht gehört, daß der Angeklagte auf der Straße den Schlag über den Kopf erhalten hätte. In Folge der davongetragenen Verletzungen mußte der Angeklagte ins Krankenhaus geschafft werden. Assessor Schwarze als Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte, den Angeklagten von dem ihm zur Last gelegten Verbrechen freizusprechen, ihn dagegen der Bettelei unter Drohungen für schuldig zu erklären. Dieser Antrag rechtfertige sich, wenn man die wesentlichsten Punkte sich widersprechender Aussagen der Belastungszeugen berücksichtige und erwäge, daß die im Schanklokale vom Angeklagten ausgestoßene Drohung nach dem für den Angeklagten günstigeren und deshalb vorzuziehenden Zeugnisse des Schwagers des Wroblewski durch keine Handlung bethätigt und deswegen für eine nicht ernstliche zu erachten sei. Justizrath le Viseur als Vertheidiger schloß sich dem Antrage des Staatsanwalts auf Freisprechung des Angeklagten von dem Verbrechen der räuberischen Erpressung an. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Bettelns schuldig und beantworteten die andern an sie gerichteten Fragen mit „Nein". Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten wegen Bettelns zu sechs Wochen Haft, erachtete diese Strafe jedoch durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Berlin,** 20. Januar. [Deutschlands Export nach Nordamerika.] Das hiesige General-Konsulat der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat soeben die Zusammenstellung des Exports aus Deutschland nach Nordamerika während des am 31. Dezember 1881 beendeten Quartals bewirkt. Dieselbe ergiebt ein überraschendes und erfreuliches Resultat. Während das am 31. Oktober 1881 beendete ganze Jahr einen Rückgang von 15 Millionen Mark in unserem Export nach Amerika aufweist, hat das darauf folgende Vierteljahr fast den gesammten Schaden wieder ausgewetzt, da in diesen drei Monaten für mehr als zwölf Millionen Mark mehr exportirt worden ist als in den entsprechenden drei Monaten des Jahres 1880. Noch nie zuvor seit der Errichtung des berliner Konsulates ist, nach Auskunft des Generalkonsuls Mr. Brewer, von hier aus der Export so lebhaft gewesen wie gerade jetzt. Nach unserer Information wird sogar noch eine Steigerung bemerkt. Als Grund für die auffallende Erscheinung dürfte der Aufschwung des amerikanischen Geschäftes gelten, welches nach allen Berichten von jenseits des Ozeans als sehr günstig bezeichnet werden kann und dessen Rückwirkung auf Europa stets lebhaft empfunden wird.

** **Berlin,** 22. Januar. [Wochenbericht über Kartoffel-, Weizen Fabrikate, Syrup 2c.] Feuchte, reingewaschene Kartoffelstärke, bek. Konditionen 10,70 M., Ia. Stärke und Stärkemehl loko 23—23½ M., IIa. do. loko 20—21½ M., Capillair-Syrup 28 M., do. Export 29 M., gelber Syrup 21—23 M., Traubenzucker, Capillair 29 M., do. gelber 26 M., Bier-Couleur 34—35 M., Rum-Couleur 35 bis 37 M., Ia. Weizenstärke, großstückige hallesche und schlesische 49 bis 50½ M., IIa. do. kleinstückige 42—44, Reisstrahlenstärke 53—57 M., Reisstückenstärke 48—48½ M., Schabestärke 37—39 M. Die Preise verstehen sich pro 100 Kilo ab Bahn, bei Partien von mindestens 10,000 Kilogramm.

§ **Der Verloosungs- und Aktien-Kalender für 1882,** welcher von der Redaktion des „Aktionärs" herausgegeben und in der Jäger'schen Buchhandlung zu Frankfurt a. M. erschienen ist, enthält für Geld- und Geschäftsmänner sehr werthvolles Material; zunächst ein chronologisch geordnetes Verzeichniß sämmtlicher Loose, deren Ziehung in dem Jahre 1882 stattfindet; sodann ein Verzeichniß der bis Ende 1881 gezogenen Serien von Lotterie-Anleihen, Staats-Eisenbahn- und anderen Obligationen mit Angabe des Ziehungsjahrs und des Tages der Verloosung, schließlich eine Statistik der deutschen und österreichisch-ungarischen Aktien-Gesellschaften.

Vermischtes.

* **Zu dem bevorstehenden 85. Geburtstage Seiner Majestät des Kaisers** erläßt ein Komite in Berlin, an dessen Spitze der Generalfeldmarschall von Herwarth steht, Aufforderungen zu Zeichnungen für ein Geschenk für die Armee, um Seiner Majestät hierdurch zu Seinem Geburtstage ein indirektes Geschenk zu machen und eine Freude zu bereiten. Dieses Armeegeschenk besteht in einer von höheren Offizieren bearbeiteten und von Seiner Majestät wiederholt revidirten Denkschrift, enthaltend eine authentische militärische Biographie Seiner Majestät mit einem ganz vorzüglichen photographischen Portrait Allerhöchstdesselben. Die Idee des Armeegeschenkes ist die, möglichst viele Soldaten der Armee, ehemalige Soldaten, Vereine, Schüler 2c. durch Zeichnungen aus privaten Kreisen in den Besitz dieser werthvollen Denkschrift, deren Preis inkl. der Photographie nur 80 Pfennige beträgt, zu setzen, damit jeder aktive, ehemalige und zukünftige Soldat authentische Kenntniß davon erhält, was Kaiser Wilhelm als Monarch-Feldherr und Soldat leistete und dadurch zu eigener, treuer Pflichter,

füllung in seiner Berufssphäre angespornt wird. Nachdem Seine Majestät der Kaiser die Idee des Armeegeschenks gebilligt, wurde es ermöglicht, bisher 230,000 Exemplare der Denkschrift in der Armee und im Volke, in den Schulen, in den Fabriken, unter der Landbevölkerung 2c. zu verbreiten und gab Seine Majestät wiederholt Seiner Freude über dieses Resultat Eigenhändigen Ausdruck. — In diesem Jahre werden zu Kaisers-Geburtstag wiederum Zeichnungen auf die Denkschrift angenommen und dürfte dies für jeden Patrioten, dem es ein Bedürfniß ist, zu dem Fest- und Ehrentage Seiner Majestät der Liebe und Verehrung für Allerhöchstdenselben Ausdruck zu geben, eine erwünschte Gelegenheit zur Betheiligung sein. — Ausführliche Prospekte zu diesem Armeegeschenk und Zeichnerlisten für Personen, die selbst zeichnen oder in Bekanntenkreisen sich für die Zirkulation dieser Listen interessiren wollen, sind direkt franko und gratis zu erhalten von Herrn G. v. Glasenapp, Berlin, Blumenthalstraße 10.

* **Am Montag** begannen vor dem Berliner Landgericht die Verhandlungen gegen die Verwaltungsräthe der Zentralstraßen-aktiengesellschaft, welche beschuldigt sind, die Interessen der Aktionäre durch betrügerische Manipulationen, Untreue 2c. geschädigt zu haben. Von den 22 Angeklagten waren 20 erschienen, zwei sind krank. Nach dem Verhör der beiden letzten Angeklagten, Kaufmann Hermann Geber und Kaufmann Stemmler, beantragte der Staatsanwalt deren sofortige Verhaftung, da der erste des Fluchtversuchs, der zweite der Beeinflussung von Zeugen verdächtig sei. Der Gerichtshof gab diesem Antrag auch Folge. Zu dem Prozeß sind über 100 Zeugen geladen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

*** Von der mit Abbildungen und Karten reich illustrirten neuen Auflage von Brockhaus' „Konversations-Lexikon" sind das 6. bis 10. Heft in rascher Folge erschienen, und es liegen mithin bereits zwei Drittel des ersten Bandes vor. Ueberall tritt das erfolgreiche Streben der Verlagshandlung zu Tage, das altbewährte Werk sowohl seinem Inhalt nach mit dem heutigen Stande des Wissens in Einklang zu setzen, als auch dessen äußere Ausstattung dem fortgeschrittenen Geschmack der Gegenwart anzupassen. In letzterer Hinsicht muß der gleichmäßig klare Druck auf dem weißen, holzfreien und dauerhaften Papier wiederholt lobend erwähnt werden. Nicht minder vortheilhaft in die Augen fallend ist die artistische Ausführung der werthvollen Illustrationen. Die Hefte 6—10 bringen, außer mehreren in den Text gedruckten Figuren in Holzschnitt, 6 Bildertafeln: Die Affen der Neuen Welt, die Affen der Alten Welt II., Algen, Angelfischerei, Amerikanische Menschenstämme, Appretur-Maschinen, und 4 kolorirte Landkarten: Uebersicht der Alpen in Höhenstufen, Südafrika, Madagaskar, Das Alte Aegypten, endlich eine gerade jetzt sehr willkommene Karte von Algerien und Tunesien. Der Text ist bis zum Artikel Angelfischerei fortgeführt. Unter den größern und den durch Abbildungen erläuterten Artikeln befinden sich diesmal namentlich viele aus den Gebieten der Naturwissenschaft und der Technik, wie Alaun, Albumin, Algen (ein Musterartikel), Alkohol, Alpenpflanzen, Aluminium, Amalgamation, Ammoniak, Ammoniten, Ammoniacum, Amphibien, Analyse. Interessante Biographien bieten die Artikel Alexander III., Kaiser von Rußland, und Alexander I., Fürst von Bulgarien. Zu den wichtigern geographischen und ethnographischen Artikeln gehören: Albanien, Alexandria, Algerien, Alpen, Amerika, Amsterdam. Und auch aus allen andern Wissensfächern ließen sich hervorragende Artikel namhaft machen. Genug, die Vortrefflichkeit der neuen Bearbeitung ist durch diese Hefte wieder in glänzender Weise dargethan.

Der große Fortschritt,

welcher von wissenschaftlicher Seite durch die Erkenntniß gemacht wurde, daß die katarrhalischen Erkrankungen der Luftwege, auf einer Entzündung der Schleimhäute derselben beruhend, ebenso rasch gehoben werden können, als es gelingt, durch ein geeignetes antipflogistisches und antipyretisches Mittel diese Entzündung zu beseitigen, hat bekanntlich durch die Apotheker W. Voß'schen Katarrhpillen, über deren vorzügliche Zusammensetzung sich eine Reihe bedeutender Aerzte in anerkennendster Weise aussprechen, praktische Anwendung gefunden. Durch dieselben wird der einfache Schnupfen innerhalb weniger Stunden beseitigt und Brust-, Rachen- und Kehlkopfkatarrhe mit den sie begleitenden Nebenumständen wie Husten, Heiserkeit, Auswurf, Asthma sehr rasch gemildert und binnen einiger Tage ganz gehoben. Eine sehr interessante Broschüre über dieses neue Heilverfahren, von Dr. med. Wittlinger in Frankfurt a. M. verfaßt, ist gratis, sowie die Pillen (per Dose M. 1.—) in den unten angegebenen Apotheken erhältlich. Man achte darauf, da bereits Nachahmungen existiren, die ächten W. Voß'schen Katarrhpillen, welche auf der Blechdose den Frankfurter Adler mit dem Namen des Apotheker W. Voß und auf dem Verbandstreifen den Namenszug von Dr. med. Wittlinger tragen müssen, zu erhalten. Depot der ächten W. Voß'schen Katarrhpillen in Posen: **Rothe Apotheke**, Apotheker **Dr. Wachsmann, Hof-Apotheke**, Apotheker **Kirschstein**, und in den Apotheken zu Adelnau, Ostrowo, Rawitsch, Birnbaum, Grabow, Rogasen, Stroppen, Bentschen, Kletzko, Margonin zu haben.

Radlauer's Keuchhusten-Saft.

Bereitet aus dem frischen Extrakt der eßbaren Kastanie **(Extraotum foliorum oastannae vesoae fluidum)**. Dieser Extrakt wurde als das beste Mittel gegen Keuchhusten auf der Naturforscherversammlung in Graz warm empfohlen; ebenso in der **Wiener medizinischen Presse** von **Dr. med. Eisenstein,** der es an der allgemeinen Poliklinik in Wien mit gutem Erfolg angewandt hat bei pertussis; und **Stabsarzt Dr. Weiß.** Preis per Flasche **1** Mark. Kinder nehmen 2—3stündlich einen Theelöffel voll; Erwachsene 1 Eßlöffel.

Radlauer's Rothe Apotheke in **Posen.**

Elegante Petroleum-Lampen

aus ersten Fabriken, nicht mehr ganz modern, verkauft, weit unterm Werthe.

Posen, Breslauer Str. **E. Klug.**

Zwangsversteigerung.

Das in dem Dorfe Cilcz, Kreis Pleschen belegene, im Grundbuche von Cilcz Band III. Seite 185 eingetragene Grundstück Nr. 91, als dessen Eigenthümer die verwittwet gewesene **Marzianna Szymendera** geb. **Kamieniarczyk**, welche mit ihrem jetzigen Ehemanne **Andreas Marcinkowski** in Gütergemeinschaft lebt, eingetragen steht, und welches mit einem Flächeninhalte von 15 ha 81 a 80 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reintrage von 77 M. 79 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 60 M. veranlagt ist, soll im Wege der Zwangsvollstreckung

den 24. März 1882,

Vormittags um 9 Uhr,

im Geschäftslokale des hiesigen Amtsgerichts versteigert werden.

Die Auszüge aus den Steuerrollen, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes u. alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, deren Einreichung jedem Subhastations-Interessenten gestattet ist — können auf der Gerichtsschreiberei I des Königl. Amtsgerichts zu Jarotschin während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthums- oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, ihre Ansprüche zur Vermeidung der Ausschließung spätestens bis zum Erlaß des Ausschlußurtheils anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 25. März 1882,

Vormittags 11 Uhr,

im Geschäftslokale des Königlichen Amtsgerichts zu Jarotschin anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Jarotschin, 20. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Das im Grundbuche der Stadt Lissa, Fraustädter Kreises, Bd. VIII. Blatt Nr. 327 verzeichnete Grundstück, als dessen Eigenthümer der am 16. September 1879 verstorbene Hauseigenthümer **Stanislaus Fiebig** eingetragen ist, welches 6 Aren 10 □Meter Flächeninhalt hat und nur zur Gebäudesteuer mit 555 M. Nutzungswerth veranlagt ist, soll Zwecks Auseinandersetzung

am 11. März 1882,

Vormittags 9 Uhr,

an der Gerichtsstelle hierselbst in nothwendiger Subhastation versteigert werden.

Lissa, den 30. Dezember 1881.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in Parzeczewo belegene, dem Bauern **Stephan Dominiak** daselbst gehörige, im Grundbuch von Parzeczewo Blatt Nr. 50 eingetragene Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 4 ha 11 a 60 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 44,7 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 45 M. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 27. März 1882,

Vormittags um 11 Uhr,

im neuen Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 6 versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstücke und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten können im Bureau IV. des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine bei Vermeidung der Präklusion anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 28. März 1882,

Vormittags um 11 Uhr,

im neuen Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 6 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Kosten, den 11. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Die in der Stadt Schroda unter Nr. 41 und 42 belegenen, den Erben der Fleischer **Israel** und **Hanne** geb. **Moses Kaphan**'schen Eheleuten gehörigen Grundstücke, deren Besitztitel auf den Namen der **Israel** und **Hanne Kaphan**'schen Eheleute berichtigt steht und von denen das Grundstück Schroda Nr. 42 mit einem Flächen-Inhalte von 38 Aren 10 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 5,73 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 300 Mark und das Grundstück Schroda Nr. 41 zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 165 Mark veranlagt ist, sollen im Wege der nothwendigen Subhastation zum Zwecke der Auseinandersetzung

den 15. März 1882,

Vormittags 11 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Gerichts versteigert werden.

Schroda, den 18. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Rogaszyce belegene, im Grundbuche desselben unter Nr. 93 eingetragene, den **Karl** und **Friederike Hartmann**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen derselben berichtigt steht und welches mit einem Flächeninhalte von 8 ha 22 a 13 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 10,39 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 36 M. veranlagt ist, soll in nothwendiger Resubhastation im Wege der Zwangsvollstreckung

den 14. März 1882,

Vormittags um 11 Uhr

im Lokale des unterzeichneten Amtsgerichts öffentlich versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und etwaige andere, das Grundstück betreffende Nachweisungen sowie etwaige besondere Verkaufs-Bedingungen können in der Gerichtsschreiberei II während der Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, sowie die unbekannten Erben, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine resp. bis zum Erlaß des Zuschlagsbescheides bei Vermeidung der Ausschließung anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 15. März 1882,

Vormittags um 11 Uhr,

im hiesigen Geschäftslokale anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Der frühere Versteigerungs- resp. Publikationstermin am 26. und 27. Februar cr. ist aufgehoben worden.

Kempen, den 9. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Trzemeszno belegene, im Grundbuche von Trzemeszno Blatt Nr. 20 eingetragene, der Wittwe und den Erben des **Andreas Szostak** gehörige Ackergrundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 9 ha 15 a 20 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuerreinertrage von 71,4 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 15 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 15. Februar 1882

Vormittags um 11 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 4, versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstücke und alle sonstigen, dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 18. Februar 1882

Mittags um 12 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 4, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Koschmin, den 22. Dez. 1881.

Königl. Amtsgericht.

Das in der Gemeinde Ludwikowo unter Nr. 8 belegene, den **Egidius** und **Antonina** geb. **Szeszewska-Pawlak**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 2 ha 56 a 30 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 4 Mark 84 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 24 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 20. März 1882,

Vormittags um 9 Uhr,

im hiesigen Gerichtsgebäude versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts von dem Grundstücke und alle sonstigen, dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlages wird in dem auf

den 21. März 1882,

Mittags um 12 Uhr,

im Gerichtsgebäude anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Adelnau, den 13. Januar 1882.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Das in **Krotoschin** an der von dort nach **Kobylin** führenden Chaussee unweit des Bahnhofes der Oels-Gnesener Eisenbahn sub Nr. 106 belegene, der hiesigen Stadtgemeinde gehörige Dampfschneidemühlen-Etablissement mit massiven Wohn- und Arbeitshäusern, einem feuersicheren Schuppen zum Lagern des Holzes und vollständiger, in vorzüglichem Zustande befindlicher Maschinen-Einrichtung, beabsichtigen wir unter den günstigsten Bedingungen zu verkaufen.

Zu gedachtem Etablissement gehört eine Landfläche von 81 Aren 60 Quadratmetern und würde sich dasselbe event. auch zur Einrichtung einer Mahlmühle eignen.

Reflektanten wollen sich an die unterzeichnete Behörde wenden.

Ostrowo, den 17. Januar 1882.

Der Magistrat.

Jagdverpachtung.

Die mittlere und mindere Jagd auf der über 250 Hekt. großen und ca. 8 Kilom. vom Bahnhof Rogasen gelegenen Königl. Forstparzelle Gosciejewo und Tlukawy, wird mit ult. Mai d. J. pachtlos.

Zur anderweitigen Verpachtung im Wege des öffentlichen Meistgebots auf die sechs Jahre vom 1. Juni d. J. bis ult. Mai 1888 steht Termin an auf

Freitag,

den 17. Febr. 1882,

Vormittags 10 Uhr,

im Lokal des Herrn Hirsch zu Rogasen.

Dies wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Pachtbedingungen im Termine selbst werden bekannt gemacht werden.

Eckstelle, den 24. Januar 1882.

Der Königliche Oberförster.

Der Löwe kommt.

Ein großes Blatt in Holzschnitt von **Karl Reinhardt.**

Preis nur 1 Mark.

Dieses berühmte Bild, welches schon in vielen tausenden Exemplaren verkauft wurde, stellt einen Jahrmarkt vor, in dessen Menschengewühl plötzlich das Gerücht schlägt „der Löwe sei aus der Menagerie entsprungen!" Die nun entstehenden tragikomischen Situationen sind so meisterhaft geschildert, daß man lange Zeit vor dem Bild zubringen kann, und immer von neuem wird die Heiterkeit des Beschauers angeregt.

Verlag von Georg Wigand in Leipzig.

Ein wahrer Schatz

für die unglücklichen Opfer der **Selbstbefleckung [Onanie]** und **geheimen Ausschweifungen** ist das berühmte Werk:

Dr. Retau's Selbstbewahrung.

78. Auflage. Mit 27 Abbild. Preis 3 Mark. Lese es Jeder, der an den **schrecklichen Folgen** dieses Lasters leidet, seine aufrichtigen Belehrungen **retten jährlich Tausende vom sicheren Tode.** Zu beziehen durch **G. Pönicke's Schulbuchhandlung in Leipzig,** sowie durch jede Buchhandlung. In Posen vorräthig in der Buchhandlung von **A. Spiro** und bei **A. Berger.**

Zur besond. Beachtung!

Mein seit vielen Jahren als vorzüglich empfohlenes Heilverfahren gegen **Schwächezustände, Rückenmarksleiden, nervöses Zittern** 2c. bringe hiermit in Erinnerung.

Näheres durch Broschüren mit privaten und polizeilich beglaubigten Attesten versende gratis aber nicht frei.

Fr. Brückner, Apotheker, **Breslau,** Gr. Scheitnigerstr. 10 B.

Färberei-Verkauf.

Eine flott im Betrieb stehende Kleiderfärberei, nebst Schnitt- und Garn-Handlung, (Kreisstadt Prov. Posen), ist wegen Uebernahme der väterlichen Landwirthschaft zu verkaufen, oder auch zu verpachten. Anzahlung 2000 Thlr. Fr. Offert. bef. unter A. B. 5000 die Exped. d. Zeitung.

Ein schönes Rittergut

von 300—700 Morgen, in guter Gegend der **Provinz Posen,** wird gegen ein hochfeines **Zinshaus in Breslau** mit hohem Ueberschuß und guter Lage, wenig Schulden, zu **tauschen gesucht.** Baare Kasse, wenn erforderlich, vorhanden.

Offerten **sub V. 585** an **Rudolf Mosse, Breslau,** erbeten.

---

8 Morgen guten Ackers nebst Wohnhaus und Stall in Obrzyca bei Posen belegen, sind zu verpachten oder auch zu verkaufen im Comtoir **A. Krzyżanowski,** Sandstraße 10 in Posen.

Die vollständige Einrichtung einer Färberei ist zu verkaufen, auch kann dieselbe verpachtet werden. Gleichzeitig sind zwei sehr gut erhaltene Kutschwagen, ein ganz Verdeck 300 M., ein halb Verdeck mit 240 M. Näheres bei **G. Fischer,** Landsberg a. W., Wollstr. 23.

Zu verpachten

eine kleine **Mahl- u. Brett-schneidemühle,** neueste Construktion, mit ca. **60 Morgen Acker,** incl. 10 Morgen vorzügl. Wiesen, dicht an **Königl. Forsten** und 20 Minuten der Station Oels-Gnesener Bahn gelegen, bietet für einen **Landwirth** oder **Müller** brillante **Existenz.** Hierzu erforderlich 4—5000 Mark. **Nur persönliche Auskunft** ertheilt **direkt der Besitzer unter L. M. 50. Hauptpostlagernd Breslau.**

Eine gut eingerichtete **Buch- und Steindruckerei** ist Umstände halber **sofort billig** zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt **M. Busse,** Posen, Sapiehaplatz 7.

Umzugshalber beabsichtige ich mein Hausgrundstück 2c. 2c. nebst Gartenland in einem **großen Kirchendorfe,** in welchem seit langen Jahren die

Gastwirthschaft

betrieben wird, unter höchst günstigen Bedingungen zu

verkaufen.

Siegfried Mottek in Samter.

100,000 Stück Weißdornpflanzen,

extra schöne Pflanzen à 1000 Stück 9, 12 und 15 Mark empfiehlt

Gnesen, im Januar 1882.

Aug. Hoffmann.

Mit Gegenwärtigem erlaube mir dem geehrten Publikum Wreschens und Umgegend die ergebene Mittheilung zu machen, daß die bisher durch meinen verstorbenen Sohn unter der Firma:

K. Winżewski junior

geführte

Eisen-, Kohlen-, Superfosfate- und Samen-Handlung

in unveränderter Weise weiter fortführen werde mit der Versicherung der reellsten und besten Bedienung.

Hochachtungsvoll und ergebenst

K. Winżewski.

Uebersicht der Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums Posen am 23. Januar 1882.

Aotiva: Metallbestand Mark 671,220, Reichskassenscheine M. 1425, Noten anderer Banken M. 70,300, Wechsel M. 5,332,170, Lombardforderungen M. 1,255,900, Sonstige Aktiva M. 3,3,270.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservefonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 1,801,200. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 150,475. An eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten M. 1,612,700. Sonstige Passiva M. 271,865. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 327,830.

Die Direktion.

ASTHME Katarrh, Beklemmung und alle Krankheiten der Respirations-Organe werden durch die TUBES LEVASSEUR geheilt.

NEVRALGIES Augenblickliche Heilung durch die nervenstärkenden Pillen des D'CRONIER.

LEVASSEUR, Apoth. & Chem. 1 Cl., 23, rue de la Monnaie, Paris. Dépôts in allen guten Apoth.

Engros: **Elnain & Co.,** Frankfurt a. M.

Sichere Brotstelle!

Sofort zu verkaufen. Umständehalber wird ein Fuhr-Geschäft (gesichertes Einkommen) nebst Grundstück a. fr. Hand, mit todt. u. leb. Invent. und sehr günstigen Bedingungen in einer Provinzialstadt Posens mit Bahn u. Gymnasium abgegeben Wohnhaus, Gärtchen, Remisen und Stallung zusammenh., gr. Hofraum für Kalk- oder Kohlen-Niederlage, ev. Pachtland, für **Landwirthe** 2c. vorzüglich geeignet. 5000 Thlr. erforderlich. Anfragen mit Aufgabe von Referenzen unter F. A. 570 durch die Exp. d. Bl

---

Eine schwarzbraune

Stute,

8 Jahr, 4", gut geritten, (für jedes Gewicht), auch gefahren, als Zuchtstute vorzüglich geeignet, steht zum Verkauf für 1200 Mark.

Neisenerstraße Nr. 320.
in **Poln.-Lissa.**

Mastvieh.

20 fette Stiere,
250 englische Jährlinge,
10 fette Schweine

verkauft Dom. **Zdziechowa** bei Gnesen.

Gute Harzer Kanarienvögel zu haben **Alter Markt 77,** 2 Tr. l.

Fr. engl. Natives-Austern, Böhm. Fasanen, Haselhühner, Rehe u. fr. Hasen, fr. grünen Lachs, fr. Zander, fr. Hechte, lebende Karpfen.

W. F. Meyer & Co.

---

40 Pfund frische Butter können monatl. abgelief. werden. Zu erfr. Kanonenpl. 5, **2 Tr. links.**

Masken-Anzüge

sind abzugeben bei

R. Buchholz & Co.,

10. Wilhelmsplatz 10.

Apotheker **Szlinkok's Gicht- und Rheumatismuspflaster** — das bewährteste Mittel gegen alle rheumatischen und die durch Erkältung erzeugten Krankheiten, wie, Gliederreißen, Kopf-, Zahn-, Brust- und Halsschmerzen, Stiche im Kreuz und in der Brust, Husten, Kehlkopfentzündung, Heiserkeit, Schwere im Kopf und Appetitlosigkeit — vorräthig in Rollen à 1 M. n. Gebrauchsanw. bei den Herren: Apotheker **Kirschstein**-Posen, **Memelsdorf**-Gnesen, **Neugebaur**-Krotoschin, wie in den Apotheken zu Bomst, Margonin 2c.

Birkhühner,
Haselhühner,
fr. Schellfische,
grosse Zander.

S. Samter jun.

Stets frisch gebrannten

Dampf-Caffee (Melange)

von 1—2 Mark, sowie auch

rohen Caffee

von 75 Pf. an, empfiehlt in grösster Auswahl

W. Becker,

Wilhelmsplatz Nr. 14

Johann Hoff'sche Malz-Chocolade.

Sie ist ächt und unverfälscht, von Aerzten zur Kräftigung der Nerven und bei Blutleiden verordnet. Feinste Chokolade, Salongetränk, bereitet von Johann Hoff, k. k. Hofl., Berlin, Neue Wilhelmsstr. 1. — **Preise.** Per Pfund I. 3½ Mk., II. 2½ Mk., (**Malz-Chokoladenpulver**, bestes Nährmittel für Kinder und Säuglinge statt Muttermilch, in Schachteln a 1 Mk. und a ½ Mk.)

Verkaufsstelle bei **Gebr. Plessner** und **Frenzel & Comp.**

Zu der am **1. Februar c.** stattfindenden Gewinnziehung der

Cöln-Mindener Thlr. 100-Loose

Hauptgewinne M. **165,000, 36,000** 2c. 2c., geringster Gewinn M. **330** erlassen wir Originalloose à M. **730** und nach Vorauskürzung des geringsten Gewinnes, **Ganze** Loose à M. **400, Halbe** à M. **200, Viertel** à M. **100, Zehntel** à M. **40** und **Zwanzigstel** Antheile à M. **20.**

Moritz Stiebel Söhne,
Bankgeschäft
in **Frankfurt a. M.**

Damen finden Rath u. sichere Hilfe discret. Frau **Lattke,** Berlin, Neue Königsstr. 3, prt. r.

Für die Herren Schul-Inspektoren!

Die

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

(E. Röstel)

Posen

hält **Zeugnisse** und **Zeugniß-Albums** laut Vorschrift des Amtlichen Schulblattes zu folgenden Preisen vorräthig:

Zeugnisse auf ff. Kanzlei-Papier, à Buch 0,75 M.

Zeugniß-Albums in festem dauerhaften Einband:
300 Seiten enthaltend 4,75 M.
600 „ „ 7,00 „

1000 Klaftern Brennholz,

12 Kilomtr. Landweg u. **15 Klm.** m. d. Bahn v. Posen sind **günstig zu kaufen** durch d. **Zentral-Güter-Agentur,** Wilhelmsstraße 11.

Kaufe eine Partie

Dachstein- u. Mauersteinbretter

franco Bahnstation Gnesen.

Offerten an

J. Mannheim,
Janowitz bei Gnesen.

Schwarze

Cachemir-Kleider,

neueste Façons, sehr billig, schon von 12 M. an, empfiehlt die Damenschneiderei **Wilhelmsstr. 18,** neben der Druckerei

---

Glaserarbeiten jeder Art werden nach wie vor ausgeführt in der

David Bley'schen Werkstätte,

Schuhmacherstr. 20.

---

6 bis 8000 Mark

werden auf ein ländliches Grundstück gesucht. Pupillarische Sicherheit. Offerten Posener Zeitung Nr. 101 abzugeben.

Ich habe mich in Posen niedergelassen und wohne Wallischei Nr. 1 vis-a-vis **Reimann**'schen **Apotheke.** Sprechstunden: von 8—10 Vorm. und von 3—5 Nachm. Von 8—9 Vormittags ertheile ich den Armen den ärztlichen Rath unentgeltlich.

Dr. Stan,
praktischer Arzt.

Jeder Fettleibige

findet ohne eigentliche Kur, Badereise und Berufsstörung brieflich d. unser neuestes **thatsächlich erfolgreichstes Verfahren** zur Auflösung des Fettes (Abnahme 15 bis 40 Pfd.) absolut sichere und **vollständig gefahrlose Hülfe. J. Hensler-Maubach,** Anstaltsdirektor i. Baden-Baden. Prospekte gratis u. franco.

Specialarzt

Dr. med. Meyer,

Berlin, Leipzigerstr. 91,

heilt auch brieflich Syphilis, Geschlechtsschwäche, alle Frauen- und Hautkrankheiten, selbst in den hartnäckigsten Fällen, stets schnell mit bestem Erfolge.

Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheit., Schwächezustände, (Pollut. Impot.) heilt mit sicherem Erfolge, auch briefl., Dr. **Holzmann,** Berlinerstr. 16 part.

Gesucht

wird entweder in der Neuenstraße, Wilhelmsstraße oder Alten Markt ein **großes Gewölbe mit großem Schaufenster.** Miethspreis event. bis 4500 Mark. Adressen sub M. 50 in der Exp. d. Ztg.

Ein freundl. möblirtes Vorderzimmer, Alt. Markt 77 II Tr. l. ist vom 1. Februar cr. für 1 auch 2 Herren, mit auch ohne Kost z. haben. Näheres daselbst.

Markt 88 ist ein großer heller Keller sofort oder später zu verm.

Breslauerstraße 2, 1 Tr. frdl. **2 Zimmer,** Küche u. Wasserleitung v. 1. April z. verm. Näh. 2 Tr.

Ein fein möblirtes Zimmer, wenn gewünscht auch zwei, sind **Kl. Gerberstr. 5,** Et. III links zu verm.

Wallischei 73 sind Wohnungen von 2 resp. 3 Zimmer, Küche, sofort oder 1. April zu vermiethen.

Eine Wohnung,

Bel-Etage, 4 Zimmer und Zubehör sind sof. auch später zu vermiethen

Kl. Gerberstraße 9.

Chemiker gesucht.

Eine große künstliche Düngerfabrik Deutschlands sucht einen tüchtigen, durchaus praktisch erfahrenen Betriebs-Chemiker, der speziell die neueren Methoden der Knochen, Blut-, Leder- und Hornverarbeitung kennt.

Berücksichtigung finden nur Bewerber mit mehrjähriger praktischer Erfahrung und vorzüglichen Referenzen.

Gutes Salair und Tantieme.

Frco. Offerten **sub W. 8932** an die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse in Berlin S. W.** erbeten.

Ein Wirthschafts-Eleve

wird hier zum 1. April cr. gesucht. Derselbe muß Gymnasial-Bildung haben, der polnischen Sprache mächtig und von starkem Körperbau sein, muß sich auf 3 Jahre verpflichten und zahlt bei freier Station jährlich 150 M. Honorar.

Domaine Bolewitz. (Post.)

Ein verheirath., älterer deutscher, polnisch sprechender

Wirthschafter,

der unter Leitung des Prinzipals steht, zum 1. April cr. gesucht.

Meld. und Abschrif. d. Zeugnisse unter **O. D.** an d. Exped. d. Ztg. zu richten.

Ein Oekonom in den besten Jahren, seit einem Jahre verh., dem die besten Zeugnisse u. Empfehlung. zur Seite stehen, nie außer Stellung gewesen, hat stets im Herzogthum Posen u. Westpr. konditionirt, sucht zu sofort od. später Stellung. Auch ist die Frau fähig, der Hauswirthschaft vorzustehen. Zu erfragen in der Expedition d. Ztg.

Ein Lehrling findet Stellung bei **H. J. Remak.**

Eine Kindergärtnerin

oder **Bonne** mit bescheid. Ansprüchen, welche schon in Stellung gewesen, wird zum 1. April für drei Kinder von 6, 4½ und 3 Jahren gesucht.

Meld. unter Beifüg. der Atteste und Angabe der Ansprüche an

v. Bismarck,
Schneidemühl. L.-G.-Präsident.

Wirthschafterinnen und geb. **Haushälterinnen** werden zu April für gute Häuser gesucht. Ein Mädchen für Restaur. bald zu haben durch

Anders, Mühlenstr. 26.

Ein Laufbursche wird per sofort gesucht

J. Jacobsohn, Markt 91.

Verein junger Kaufleute, Posen.

Die Eintrittskarten zum

Kostümfest

sind bei Herrn **Louis Licht,** Sapiehaplatz Nr. 8, im Comptoir in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand.

Tüchtige Ammen sind zu haben bei Frau **Pannewitz,** Jesuitenstr. Nr. 6, 1 Tr.

Eine tüchtige

Directrice,

sowie einige **Arbeiterinnen f. Putz,** können sich melden bei

Leopold Basch, Markt 75.

Ein Ziegelmeister,

nüchtern u. erfahren mit guten Zeugnissen versehen, kautionsfähig, sucht Stellung per sofort, oder v. 1. April cr. Näheres in d. Exp. d. Pos. Ztg.

Gute Köchinnen werden gesucht, **Ammen, Kutscher und Diener** zu haben durch

M. Schneider, St. Martin 58.

Ein **junger Mann** aus anständiger Familie, 22 Jahr alt, der bereits über 2 Jahre in der Landwirthschaft thätig war, wünscht vom 1. April d. J. ab, womöglich in einer Wirthschaft mit Brennerei Aufnahme als **Volontär** und Beschäftigung in der Wirthschaft gegen eine jährliche Pension von 450 Mark.

Hierauf etwa reflektirende Herren Besitzer oder Wirthschafts-Dirigenten werden höflichst gebeten, unter E. L Bahnhof restante **Zlotnik** b. Posen ihre Geneigtheit zur Annahme des jungen Mannes gefälligst kundzugeben.

Ein Wirthschafts-Eleve,

der seine 2jährige Lehrzeit absolvirt, sucht zum 1. April cr. Stellung. Beider Landessprachen mächtig, Landwirthssohn. Güt. Off. erbittet

Dom. Lutogniewo.
Georg Reschke.

Die Gärtnerstelle auf Dom. Lopuchowo ist besetzt.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner Tochter **Jenny** mit dem Kaufmann Herrn **Louis Cohn** aus Strasburg i./W., beehre ich mich hierdurch Verwandten und Freunden ganz ergebenst mitzutheilen.

Rakwitz, im Januar 1882.

D. Oettinger.

Jenny Oettinger,
Louis Cohn,
Verlobte.

Rakwitz. **Strasburg i. W.**

Statt besonderer Meldung.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter **Lea** mit Herrn Rabbiner **Dr. Victor Nordheiner** in Dirschau, beehren wir uns Freunden und Bekannten ergebenst mitzutheilen.

Jutroschin, den 26. Januar 1882.

Joseph Levy und Frau,
geb. Friedländer.

Statt besonderer Meldung.

Die Verlobung ihrer Tochter **Clara** mit dem Kaufmann Herrn **H. Wolfenstein** in Halle a. S., beehren sich hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Posen, im Januar 1882.

Samuel Latz und Frau.

✝

Am 23. d. Mts., Nachmittags ¾4 Uhr, starb nach langen Leiden, versehen mit den heiligen Sterbe-Sakramenten, mein lieber Vater, der Postwagen-Lackirer-Meister

Franz Domagalski

im 70. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Friedrichsstraße Nr. 24, aus statt.

Um stille Theilnahme bittet

der tiefbetrübte Sohn

Nepomucen Domagalski.

Gefunden

am 24. d. Mts. nach dem Theater ein **Armband.** Abzuholen gegen Erstattung der Insertions-Kosten St. Martin 29 bei **Ueberrhein.**

Naturwissenschaftlicher Verein.

II. Vortrag

Donnerstag den 26. Januar c.,
8 Uhr Abends,
in der Aula der Realschule:

Herr

Dr. med. Landsberger:

Ueber Athmung und Ventilation.

Karten à 50 Pf. für Nichtmitglieder in der **Rehfeld**'schen **Buchhandlung.**

Kosmos-Loge.

Donnerstag, den 26. Januar:

Gesellige Zusammenkunft

bei Herrn Dümke.

Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Nach Wel . . .

Briefe postlagernd Danzig.
Herzl. Lebewohl u. Gr.
Erika v. W.

Heute zum Frühstück

Wellfleisch

und zum Abendbrod

frische Wurst m. Sauerkohl

sowie sehr gutes **Münchener helles Bier** empfiehlt

E. Mähl.

Grand Restaurant.

Wasserstraße 27, I. Etage.

Karpfen, polnisch.

Tilsner & Schlichting.

Jeden Donnerstag

Pökelfleisch mit Erbsen und Sauerkohl.

W. Sobecki,
Schloßstraße 4.

Donnerstag, d. 26. d. Mts.

Eisbeine.

M. Matuszewski, Schulstr. Nr. 4.

Stadt-Theater.

Donnerstag, d. 26. Jan. 1882:

Lucia von Lammermoor.

Oper in 3 Akten.

B. Heilbronn's Volks-Theater.

Donnerstag, den 26. Januar cr.: **Bummelfritze.** Große Posse mit Gesang in 6 Bildern.

In Vorbereitung: **Schönröschen.** (Operette).

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Louise Fickert mit Herrn Fritz Fielitz in Berlin. Frl. Marie Plage in Nowawes mit Lehrer Kalischer in Berlin. Frau Emmy Egidy geb. Gude mit Herrn C. Harendt in Berlin. Frl. Emilie Pfeiffer mit Hrn. Alwin Dammann in Berlin. Frl. Anna Lassally in Berlin mit Herrn Julius Becker in Königsberg i. Pr. Frl. Anna Maaß mit Maurermeister Max Braun in Grausee. Fräul. Hedwig Buki in Breslau mit Herrn Adolf Cohn in Berlin. Fräul. Zoroïde Sajous in Gonaïves (Haïti) mit Herrn Max Helmeke in Berlin. Fräul. Marie Michelbach mit Herrn Adalbert von Szadkowski in Darkehmen. Fräul. Agnes Nitze in Arneburg mit Lieut. Strahl in Stettin.

Gestorben: Rechnungsrath a. D. Rud. Kubisch in Berlin. Frl. Clara Schönberg in Berlin. Garderobier a. d. Börse Andreas Schäfer in Berlin. Kaufm. Siegismund Friedländer in Berlin. Buchhalter Emil Werner in Berlin. Herrn Max Fincke's Tochter Eva in Berlin. Frau Marianne Korbin geb. Siecke in Berlin. Frl. Charlotte Meißner in Wiesbaden. Sekonde-Lieutenant Alexander Götting in Madeira. Pastor Johann Gottlieb Dreßler in Probsthayn. Premier-Lieutenant a. D. Theodor Vellay in Pilgramsdorf. Frau Gräfin Hulda v. Hoym geb. Freiin v. Troschke in Demmin.

Für die Inserate mit Ausnahme des Sprechsaals verantwortlich der Verleger.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.